

mittelstands magazin

DAS MAGAZIN DER **MIT**
FÜR ENTSCHEIDER IN
WIRTSCHAFT UND POLITIK

01
2025

FEBRUAR 2025
WWW.MIT-BUND.DE
ISSN 1865-8873

WIR MÜSSEN TEMPO MACHEN

KANZLERKANDIDAT FRIEDRICH MERZ
IM EXKLUSIV-INTERVIEW

So viel
Mittelstand
steckt im
Wahlprogramm



Impressum

Herausgeber:

Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), vertreten durch die Bundesvorsitzende Gitta Connemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Fabian Wendenburg

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredaktion:

Fabian Wendenburg

Chefin vom Dienst:

Dr. Juliane Berndt

Redaktion:

Bastian Pophal
Lukas Hanstein

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:

Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2
53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubg365.de
www.ubg365.de
Geschäftsführer: Jonathan Schreyer, Frank Stuch
Projektleitung: Sonja Bach-Meiers

Art-Direktion:

UBG Büro Berlin

Druckauflage:

26000 Exemplare

Anzeigenverkauf:

Nielsen I, II, V, VI
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII
Braun Medien GmbH
Telefon: 0221 7881443
E-Mail: braun@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung.
© Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint viermal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.



MIT:EDITORIAL

Ein echter Neuanfang braucht Mut

4

von Gitta Connemann

MIT:KOLUMNE

Unsere Verteidigung braucht mehr Mut

8

Von Mareike Kürschner

MIT:REPORT

Ein Wahlprogramm für den Mittelstand

10

MIT wirkt! Viele unserer Vorschläge wurden aufgegriffen

Mehr Transparenz und Nachhaltigkeit

14

Warum wir einen Sozialstaattragfähigkeitsbericht brauchen

HVO 100 – Gamechanger in der Mobilität?

16

Erneuerbare Kraftstoffe sind schon jetzt verfügbar

MIT:TITEL

Interview mit Friedrich Merz 20

... über das transatlantische Verhältnis, Generationengerechtigkeit und seine Entlastungspläne für Unternehmen

MIT:THEMA

Starke Kommunen für eine starke Wirtschaft 26

Ein Namensbeitrag von Christina Stumpf





MIT:FAKTEN

6-9

Anteil der Babyboomer in vielen Mangelberufen überdurchschnittlich hoch | Unternehmen leiden immer häufiger unter Stromausfällen | Steigende Sozialbeiträge belasten Handwerk besonders stark | Unternehmen wollen Preise anheben



MIT: INSIDE

EU-Check	28
Inside-Meldungen	28
Neumitglieder	30
Mitgliederstatistik	31
Impressum	2



Ein echter Neuanfang braucht Mut

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

was verbindet das Wunder von Bern und unser Wirtschaftswunder? Sie fielen nicht vom Himmel. Es wirkten keine übernatürlichen Kräfte. Beide „Wunder“ waren das Ergebnis der Kompetenz, des Mutes, der Zuversicht und der Stärke von Menschen.

Sepp Herberger gelang eine fußballerische Sensation. Der WM-Sieg wurde zu einem Symbol für die Fähigkeit Deutschlands, schwierige Herausforderungen zu überwinden und erfolgreich zu sein - so wie das „Wirtschaftswunder“.

Als der Zweite Weltkrieg endete, stand die deutsche Wirtschaft vor dem Abgrund. Es fehlte Deutschland an so gut wie allem: Lebensmittel, Rohstoffe, Arbeitskräfte. Der Außenhandel war zusammengebrochen. Alle Parteien, auch die neu gegründete Union, liebäugelten mit Verstaatlichungen und planwirtschaftlichen Ideen.

In diesem Klima stellte der Direktor für Wirtschaft des Wirtschaftsrats der Bizone die Weichen in Richtung Markt. Ludwig Erhard setzte auf das von ihm mitentwickelte Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Gegen den Zeitgeist. Er



hielt Kurs. Denn die Währungsreform von 1948 zeigte zunächst keine Wirkung. Arbeitslosigkeit und Preise stiegen. Ab 1950 änderte sich das. Ohne Frage: Es halfen Marshallplan und der „Korea-Boom“. Aber ohne das Reformprogramm von Ludwig Erhard hätte es diesen Aufschwung nicht gegeben.

Jedes „Wunder“ braucht mutige Menschen, die daran glauben und das Rückgrat haben, dafür zu kämpfen.

Aktuell kämpfen wir als Union auf vielen politischen Feldern. Beherrschend sind die Themen Wirtschaft und illegale Migration. Unsere Konzepte liegen vor. Es geht aber am Ende um mehr als Detailfragen. Wir stehen vor einer Schicksalswahl.

Wir können unser Land wieder nach vorne bringen, der Wirtschaft wieder eine Perspektive geben und unsere Gesellschaft wieder einen. Aber dafür brauchen wir am 23. Februar 2025 eine Mehrheit. Immer wieder werde ich gefragt, mit wem wollen Sie das umsetzen? Meine Antwort darauf ist immer dieselbe: mit CDU und CSU. Ich kämpfe für Union pur – also für eine absolute Mehrheit.

Unmöglich? Nein. Am 23. Februar treten 41 Parteien zur Bundestagswahl an. Der Balken für die „Sonstigen Parteien“ dürfte bei den Wahlergebnissen so hoch sein wie nie zuvor – Stimmen ohne Gewicht. Linke, BSW, FDP kratzen an der Fünf-Prozent-Hürde. Die „Aktion Silberlocke“ bei den Linken und der Versuch der Freien Wähler, über drei Direktmandate in den Bundestag einzuziehen, stehen auf mehr als wackligen Füßen. Das nächste Parlament könnte sich also aus nur noch Mitgliedern von vier Fraktionen Parteien zusammensetzen. Eine absolute Mehrheit wäre für die Union in diesem Fall bereits bei knapp über 40 Prozent möglich.

Dieser echte Neustart für unser Land ist zu schaffen. Die absolute Mehrheit gelang der Union auch 1952. Konrad Adenauer begründete diesen Erfolg 1961 mit – Mut: „Das Wichtigste ist der Mut! ... Der gute Politiker, der muss nicht nur vieles wissen, er muss nicht nur realistisch denken, er muss überlegen können, aber er muss auch Mut haben, dasjenige, was er als richtig erkannt hat, nun anderen zu sagen, zu vermitteln und durchzuführen!“

Bekanntlich waren Adenauer und Erhard nicht die allerbesten Freunde. Aber was beide verband, war die Haltung, der Glaube an sich und die Union. Dieses Erfolgsrezept greift auch heute noch. Mir ist bewusst, dass der Wind augenblicklich von vielen Seiten weht, manchmal mehr als stürmisch. Gerade die veröffentlichte Meinung scheint nicht immer bei uns zu sein. Hierfür gab Ludwig Erhard 1966 die Antwort: „Nicht die Zahl und die Größe von Schlagzeilen sind Gradmesser für eine richtige Politik, sondern die innere Sicherheit, sich von der Gradlinigkeit seines politischen Handelns nicht von billigen Schlagzeilen beirren und vom rechten Weg abdrängen zu lassen.“

Deutschland braucht einen Befreiungsschlag. Damit „Wohlstand für alle“ wieder mehr als ein Buchtitel wird und das Aufstiegsversprechen wieder greift. Deshalb bitte ich Sie: Sprechen Sie mit Ihren Familien, Mitarbeitern, Kollegen, Freunden und Bekannten. Kämpfen Sie mit uns gemeinsam – in den Betrieben, auf der Straße, im Netz. Beide Stimmen für CDU und CSU. Nun gilt's. Auf geht's.

Ihre

Gitta Connemann MdB
MIT-Bundesvorsitzende

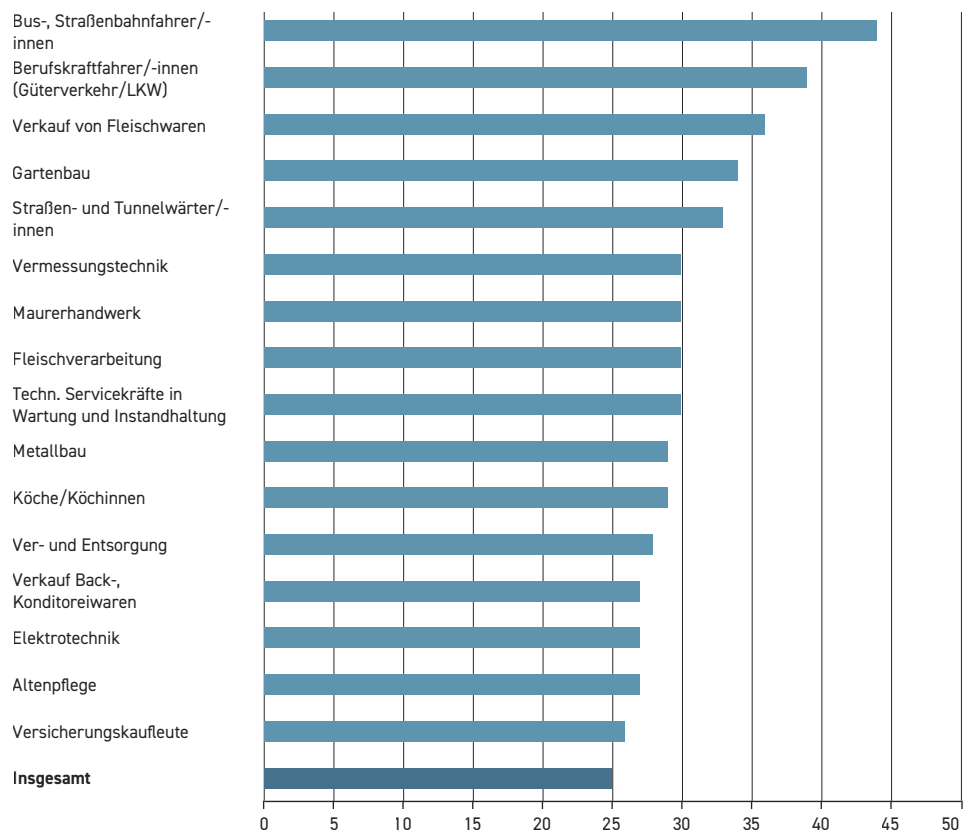


Anteil der Babyboomer in vielen Mangelberufen überdurchschnittlich hoch

Ob Busfahrerin oder Fleischverkäufer – in vielen Berufen werden schon jetzt Fachkräfte gesucht. Diese Situation könnte sich dadurch weiter verschärfen, dass viele abhängig Beschäftigte in so genannten Engpassberufen der Babyboomer-Generation angehören und in den nächsten Jahren das Renteneintrittsalter erreichen. So waren 44 Prozent der Fahrerinnen und Fahrer von Bussen und Straßenbahnen im Jahr 2023 mindestens 55 Jahre alt, meldet das Statistische Bundesamt.

Das Thema zieht sich auch durch andere Engpassberufe: 36 Prozent der im Verkauf von Fleischwaren Tätigen waren mindestens 55 Jahre alt. Bei Berufen in der Fleischverarbeitung lag der Anteil bei 30 Prozent. Auch bei Berufen im Gartenbau (34 Prozent) oder im Maurerhandwerk (30 Prozent) droht ein überdurchschnittlich hoher Anteil an mindestens 55-Jährigen den bestehenden Fachkräftemangel in den kommenden Jahren zu verschärfen.

Abhängig Beschäftigte ab 55 Jahren nach ausgewählten Engpassberufen 2023
Anteil an allen abhängig Beschäftigten je Beruf in Prozent



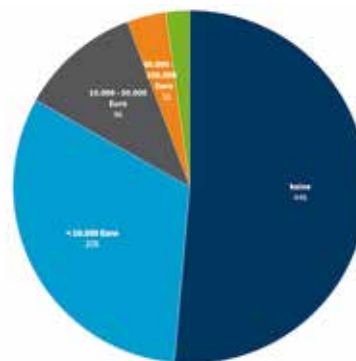
Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2025

Unternehmen leiden immer häufiger unter Stromausfällen

Die deutsche Wirtschaft sieht sich zunehmend mit Problemen bei der Stromversorgung konfrontiert. Das ergab eine Sonderauswertung zum IHK-Energiewendebarmeter 2024 der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK). Demnach häufen sich Einschränkungen bei der Stromversorgung der Unternehmen. Besonders besorgniserregend: Fast ein Drittel der befragten Industriebetriebe ist von Problemen durch Stromunterbrechungen betroffen. Ein besonders starker Anstieg ist bei Stromausfällen von unter drei Minuten zu verzeichnen. Der Anteil der hier von betroffenen Betriebe ist innerhalb von drei Jahren von 10 auf 16 Prozent gestiegen.

Laut der DIHK-Umfrage greifen immer mehr Unternehmen zur Selbsthilfe. Rund die Hälfte der Betriebe haben bereits eigene Vorkehrungen getroffen oder planen dies zumindest, um sich gegen Stromausfälle abzusichern. Hierzu gehören beispielsweise Instrumente wie Notstrom-Aggregate oder Stromspeicher.

Anzahl der Unternehmen mit Stromausfallkosten



Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung 2024

Anzeige

RECYCLING-FIT

Getränkekartons sind nach dem vom Umweltbundesamt anerkannten ZSVR-Standard „hochgradig recyclingfähig“. Schon seit Anfang der 1990er Jahre stellen Papierfabriken aus dem Faseranteil neue Verpackungspapiere her. Die Kartonhersteller betreiben eine Recyclinganlage, die auch die Beschichtungen und Verschlüsse recycelt.

Erfahren Sie mehr auf getraenkekarton.de

@getraenkekarton



Eine Initiative des Fachverbandes Kartonverpackungen für flüssige Nahrungsmittel e.V.

Unsere Verteidigung braucht mehr Mut

Von Mareike Kürschner

Ein Vorgeschmack auf das, was Donald Trump Europa sicherheitspolitisch zumuten wird, gab er bereits vor seinem Amtsantritt: 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts soll jedes Nato-Mitglied für seine Verteidigung ausgeben, forderte er. Der Vorstoß versetzte die Regierung in Berlin in Aufruhr, denn trotz des seit drei Jahren anhaltenden Krieges in der Ukraine und der damit veränderten geopolitischen Realität in Europa bleibt das Problem der Verteidigungsausgaben ungelöst.

Bis heute fehlen die Antworten auf grundlegende Fragen zur europäischen – und damit der deutschen – Sicherheitsarchitektur: Was ist uns die Verteidigung unserer Lebensweise wert? Wie kann eine dauerhafte und verlässliche Finanzierung sichergestellt werden, ohne die anderen staatlichen Aufgaben wie Bildung, Infrastruktur und soziale Absicherung zu vernachlässigen? Und was kann den Menschen zugemutet werden, wenn aus Mangel an Geld eine Priorisierung erfolgen muss?

Als Kanzler Olaf Scholz nach dem russischen Angriff auf die Ukraine die Zeitenwende ausrief, schien Verteidigung Priorität zu haben. 2024 bekräftigte er auf der Münchner Sicherheitskonferenz: „Ohne Sicherheit ist alles nichts.“ Heißt: Ein Staat, der sein Gebiet nicht verteidigen kann, wird letztlich handlungsunfähig. Gedanken über die Zahlung von Renten, die Schaffung von Kitaplätzen oder den Ausbau des Schienennetzes sind dann obsolet.

Nur handelte die Bundesregierung nicht nach dieser Prämisse, die Ampel



Mareike Kürschner ist Chefkorrespondentin im Hauptstadtbüro der Mediengruppe Bayern (u. a. Passauer Neue Presse). Nach dem Studium in Berlin und London volontierte sie an der Axel Springer Akademie und arbeitete anschließend bei WELT und der Nachrichtenagentur AFP.

buchstabierte die Zeitenwende nicht aus. Zwar nahm die Koalition – mit Unterstützung der Union in der Opposition – Milliarden an Schulden in die Hand, um die größten Mängel bei der seit Jahren vernachlässigten Bundeswehr zu beheben. Doch dann verließ sie der Mut. Das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro dient lediglich der Grundausstattung der Truppe, nicht der Aufrüstung. Dennoch entstand der Eindruck, das Problem sei gelöst. Deutschland erreicht mit den Mitteln vorübergehend das Nato-Ziel von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – jedoch nur bis 2026.

Wie es danach weitergeht, darauf gibt niemand eine realistische Ant-

wort – weder die, die heute regieren, noch die, die vorhaben, bald zu regieren. 2 Prozent bedeuten etwa 85 Milliarden Euro jährlich, 3 Prozent etwa 120 Milliarden und Trumps 5 Prozent sogar 200 Milliarden. Unabhängig, welche Prozentzahl in Zukunft greift, das Geld muss – bei Einhaltung der Schuldenbremse – aus einem regulären Haushalt von zuletzt 480 Milliarden Euro gedeckt werden. Einsparungen im Sozialetat auch bei einem gleichzeitigen wirtschaftlichen Aufschwung werden nicht ausreichen, um mehrere zehn Milliarden Euro im Jahr zusätzlich für unsere Sicherheit auszugeben.

Die nächste Bundesregierung wird sich der Herausforderung stellen müssen, in der steigende sicherheitspolitische Anforderungen auf begrenzte finanzielle Spielräume treffen – ohne dabei den gesellschaftlichen Konsens aufzukündigen, auf dem die Bundesrepublik aufbaut. Unsere Sicherheit wird künftig nicht weniger kosten, sondern mehr. Unabhängig davon, wie und wann Russlands Krieg gegen die Ukraine endet. Ohne weiteres Sondervermögen bei gleichzeitiger kontinuierlicher Steigerung des Wehretats kann die Politik der Aufgabe nicht gerecht werden. Diese unbequeme Wahrheit muss die nächste Regierung den Menschen vermitteln, es liegt in ihrer Verantwortung. Sonst tut es Donald Trump im Weißen Haus – auf seine radikale Art. ●

Der Beitrag gibt die persönliche Meinung der Autorin wieder.

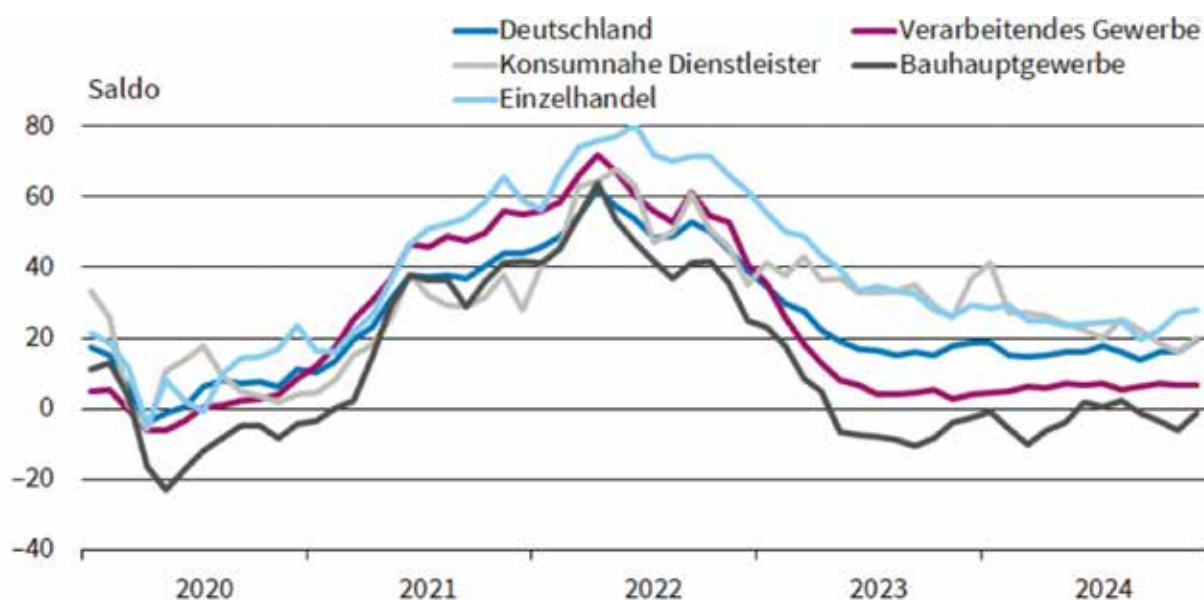


Steigende Sozialbeiträge belasten Handwerk besonders stark

Der Gesamtsozialversicherungsbeitrag ist mittlerweile auf rund 42 Prozent gestiegen. Dies bedeutet eine deutliche Mehrbelastung für die personalintensiven Handwerksbetriebe. Denn im Gegensatz zur Industrie machen die Lohnkosten in manchen Handwerksbetrieben bis zu 80 Prozent der Gesamtkosten aus. Dort schlagen dann starke Steigerungen der Lohnzusatzkosten besonders heftig zu Buche. Die Wettbewerbsfähigkeit der Handwerksbetriebe ist dadurch in Gefahr, denn steigende Personalkosten können nicht 1:1 auf den Markt umgelegt werden, warnt der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH). ZDH-Präsident Jörg Dittrich mahnt: „Wer immer höhere Beiträge verlangt, nimmt den Menschen die Motivation und gefährdet die Basis unserer sozialen Marktwirtschaft.“

Unternehmen wollen Preise anheben

Preiserwartungen der Unternehmen



Quelle: ifo Konjunkturfragen, Dezember 2024

Die ifo-Preiserwartungen sind im Dezember deutlich auf 19,7 Punkte gestiegen, von 15,8 im November. Dies ist der höchste Wert seit April 2023. Zu diesem Anstieg haben alle Wirtschaftsbereiche beigetragen. In den kommenden Monaten dürfte sich die

Inflationsrate bei etwa 2,5 Prozent und damit über dem Ziel der Europäischen Zentralbank einpendeln, so das ifo-Institut.

Bei den konsumnahen Dienstleistern inklusive der Einzelhändler stiegen die Preiserwartungen auf 27,1

Punkte (November: 25,8). Auch im Verarbeitenden Gewerbe und bei den unternehmensnahen Dienstleistern (inklusive Großhändler) kam es zu einem Anstieg auf 6,9 bzw. 22,5 Punkte, von 6,7 beziehungsweise 19,0 Punkten im November.



Ein Wahlprogramm für den Mittelstand

MIT wirkt! Viele unserer Vorschläge wurden aufgegriffen, um dem Standort Deutschland zu neuer Stärke zu verhelfen.

So viel Wirtschaft war noch nie! Das Wahlprogramm von CDU/CSU ist in weiten Teilen ein Konzept zur Stärkung des Standorts Deutschland. In dem Programm wird deutlich, dass eine grundlegend neue Wirtschaftspolitik die zentrale Voraussetzung für den im Titel angekündigten „Politikwechsel für Deutschland“ ist. Deshalb setzt die Union auf Wachstum, Investitionen, Freiräume für unsere Unternehmen und gute Arbeitsplätze.

Leistung muss sich wieder lohnen; Marktwirtschaft statt Mikromanagement; Technologieoffenheit statt Verbote; Stärkung von Wettbewerb und Eigentum; Anreize für Unternehmertum und Innovation; europäische und globale Koordinierung statt nationaler Alleingänge: Prinzipien wie diese ziehen sich durch das gesamte Wahlprogramm.

Dabei werden zahlreiche Vorschläge der MIT aufgegriffen. Dazu zählen:

Der Mittelstand ist mittendrin! MIT-Chefin
Gitta Connemann, flankiert von den beiden Partei-
vorsitzenden Friedrich Merz und Markus Söder



Steuern

- Unternehmenssteuerbelastung auf 25 Prozent senken
- Abflachung des „Mittelstandsbauchs“, Anpassung des Einkommensteuertarifs an die Inflation („Tarif auf Rädern“), Abschaffung des Rest-Soli
- Keine Vermögensteuer, keine Belastung der Substanz in der Erbfolge
- Mehr Wahlrechte zwischen Personen- und Kapitalgesellschaften
- Flexibilisierung bei Verlustverrechnung

Haushalt & Finanzen

- Festhalten an der grundgesetzlichen Schuldenbremse
- Der Staat muss mit seinen Einnahmen auskommen. Volle Konzentration auf die Kernaufgaben
- Jeder Euro muss effizient eingesetzt werden
- Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts der EU
- Wer bestellt, bezahlt (Konnexitätsgrundsatz)

Arbeitsmarkt & Arbeitsrecht

- „Fordern und Fördern“ – eine „Neue Grundsicherung“ ersetzt das Bürgergeld. Darin enthalten: Vermittlungsvorrang wieder einführen, Mitwirkungspflicht stärken, Karenzzeit abschaffen sowie verstärkte Arbeitsanreize durch Reform der Hinzuverdienstgrenzen und der Transferentzugsraten
- Fokus der Bundesagentur für Arbeit und Jobcenter auf Arbeitsvermittlung
- Festsetzung des Mindestlohns durch die unabhängige Mindestlohnkommission
- Feststellung der Zuständigkeit der EU-Mitgliedstaaten bei der Arbeitsmarktpolitik
- Vereinfachte und beschleunigte Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen
- Arbeitsrecht modernisieren: wöchentliche statt werktägliche Höchstarbeitszeit; praxisnahe Gestaltung von Mobilarbeit

Sozialpolitik

- Sozialversicherungsbeiträge sollen sich wieder auf die 40 Prozent hinbewegen
- Einführung eines „Sozialstaatstragfähigkeitsberichts“, um die Entwicklung der Sozialkassen im Blick zu behalten
- Mehr Anreize für freiwilliges längeres Arbeiten („Aktivrente“)
- Stärkung der 2. und 3. Säule in der Altersvorsorge
- Förderung des Vermögensaufbaus bei Kindern und Jugendlichen für die private Altersvorsorge („Frühstart-Rente“)
- Verbindliche Altersvorsorge für Selbstständige statt Rentenversicherungspflicht

Gesundheit und Pflege

- Bekenntnis zur Selbstverwaltung, zur Dualität von gesetzlicher und privater Krankenversicherung, zum Grundsatz der Freiberuflichkeit und zur solidarischen Beitragsfinanzierung
- Fehlanreize im Gesundheitssystem

beseitigen und GKV-Finzen zukunftsfest aufstellen

- Mehr Prävention sowie mehr Eigenverantwortung und Gesundheitskompetenz der Patienten; hausarztzentrierte Versorgung mit Steuerungsfunktion
- Finanzielle Stabilität der Sozialen Pflegeversicherung

Energiepolitik

- Stromsteuer und Netzentgelte senken
- Europäischer Energiebinnenmarkt muss vollendet werden
- Erforschung und Nutzung von Kernenergie, inkl. Kernenergie der vierten und fünften Generation, Small Modular Reactors und Fusionskraftwerke
- Nutzung aller erneuerbaren Energien: Geothermie, Holz und Biomasse neben Wind und Photovoltaik
- Energie-Infrastruktur ganzheitlich denken: Effiziente Verknüpfung des Ausbaus von erneuerbaren Energien, Netzen und Speichern
- Staatliche Abgaben bei den Energiekosten auf den Prüfstand stellen
- Technologieoffenheit

Klimapolitik

- Verbindung von Klimaschutz mit dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und der Notwendigkeit der sozialen Tragfähigkeit
- Stärkung des Emissionshandels als Leitinstrument beim Klimaschutz
- Klimapartnerschaften zum Schutz

Hier geht es zum gesamten
Wahlprogramm





Volles Haus: Am 17. Dezember beschlossen die Vorstände von CDU und CSU in einer gemeinsamen Sitzung im Berliner Telegraphenamts das Wahlprogramm der Union

vor Verlagerungen von CO₂-Emissionen – Ziel: globaler Emissionshandel

- Klimaanpassungsstrategie als Grundvoraussetzung für die Erreichung der Klimaziele
- Entlastung für Bürger und Betriebe durch einen „Klimabonus“ und Reduzierung der Stromsteuer sowie Netzentgelte
- Aufbau einer umfassenden CO₂-Kreislaufwirtschaft mit natürlicher und technischer CO₂-Nutzung und Speicherung

Eigentumsbildung

- Förderung der Vorsorge mit Eigentum und Vermögen durch höhere Freibeträge bei Grunderwerb- und Erbschaftsteuer sowie beim Sparen sowie durch eine Stärkung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung
- Durchsetzung der Rechte an geistigem Eigentum durch Bekämpfung der Produkt- und Markenpiraterie

Europa

- „Deal“ für Wettbewerbsfähigkeit mit marktbasierter Instrumenten und Technologieoffenheit
- Sofortiger Belastungsstopp für neue und laufende EU-Initiativen
- Binnenmarkt vollenden
- Kein Draufsatteln/„gold plating“ bei der nationalen Umsetzung von EU-Recht.
- Die EU nach innen und außen handlungsfähiger machen
- Kapitalmarktunion vollenden

Freihandel/Außenwirtschaft

- Abschluss neuer Energie- und Rohstoffpartnerschaften sowie pragmatischer Handelsabkommen
- De-Risking durch die stärkere Diversifizierung von Absatzmärkten, Rohstoffquellen und Lieferketten
- Internationale Zusammenarbeit gezielt an den strategischen Wirtschaftsinteressen Deutschlands orientieren
- Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit verzahnen
- Exportförderung stärken

Forschung, Entwicklung, Bildung

- Vorfahrt für Digitalisierung, KI und High-Tech
- 3,5 Prozent des BIP für FuE-Ausgaben
- Stärkung des „Zentralen Innova-

tionsprogramm Mittelstand“ (ZIM) und der angewandten sowie der Industriellen Gemeinschaftsforschung (IGM)

- Nutzung der Potentiale von Luft- und Raumfahrt
- Steuerliche Forschungszulage weiterentwickeln
- Duale Ausbildung stärken
- Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung voranbringen
- Stärkung des Forschungsmittelstandes und der Zusammenarbeit von Forschung und Praxis
- Künstliche Intelligenz im Mittelstand fördern und AI Act maßvoll umsetzen

Unternehmensgründungen

- Gründerschutzzone – Befreiung von bürokratischen Vorschriften in der Startphase
- Eine zentrale Stelle für Gründungen, Betriebsmeldungen und -aufgaben
- Verbesserung der Bedingungen für Wagniskapital und Stärkung des



Fotos: Tobias Koch

Die beiden Parteivorsitzenden Friedrich Merz (CDU) und Markus Söder (CSU) präsentierten im Anschluss an die Sitzung das Wahlprogramm der Öffentlichkeit



- Zukunftsfonds, um die Kapitalausstattung in der kostenintensiven Wachstumsphase sicherzustellen
- Mitarbeiterkapitalbeteiligung attraktiver machen

Bürokratieabbau

- Wirksame Bürokratiebremse („One in, two out“)
- Verfallsdatum für Gesetze und Regelungen
- Beweislastumkehr: Anzeigerecht von Verstößen statt Dokumentationspflichten („Vertrauen statt Verzetteln“)
- Abschaffung des nationalen Lieferkettengesetzes
- Normenkontrollrat stärken

Moderne Verwaltung

- Ausbau der Digitalen Identität für Bürger, Unternehmen und Vereine
- Einsatz von KI für eine effiziente, vollständig digitalisierte Verwaltung
- Umsetzung des „Once-Only“-Prinzips, wonach Bürger und

Unternehmen ihre Daten nur ein einziges Mal an die Verwaltung übermitteln müssen

- Reduzierung von Klagemöglichkeiten und Instanzen; Abschaffung des Verbandsklagerechts bei Infrastrukturvorhaben

Bauen und Wohnen

- Abschaffung des Heizungsgesetzes der Ampel
- Entsacken des Bauordnungs- und Raumordnungsrechts
- Einführung des Gebäudetyp E – wie „Einfach“ – für kostengünstigeres, aber sicheres Bauen
- Baukostenmoratorium

Mobilität

- Neben der Elektromobilität sollen alle klimafreundlichen Möglichkeiten für alternative Antriebe

- und energieeffiziente Kraftstoffe genutzt werden. Dazu gehören beispielsweise E-Fuels, Wasserstoff und nachhaltige Biokraftstoffe
- Transportkosten senken durch Reduzierung der übermäßigen Belastung durch CO₂-Preis und CO₂-Zuschlag im Transportgewerbe
- Wettbewerbsfähigkeit herstellen: Gesamtkosten etwa im Luftverkehr auf ein wettbewerbsfähiges europäisches Niveau zurückführen

Migration

- Vorrang von Sachleistungen
- verpflichtende Integrationsvereinbarungen

Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft

- Ernährungssicherheit als Staatsziel ins Grundgesetz
- Keine zwangsweisen Flächenstilllegungen
- Ökosystemleistungen der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei honorieren
- Diskriminierung von Holz als Energieträger beenden
- Keine unwirksamen Werbeverbote oder Lenkungssteuern.



Fabian Wendenburg
Chefredakteur
wendenburg@mit-bund.de

Mehr Transparenz und Nachhaltigkeit

Ein Sozialstaatstragfähigkeitsbericht könnte endlich langfristiges Planen ermöglichen – und Reformen ein realistisches Preisschild geben

Die CDU hatte auf ihrem 36. Bundesparteitag im Mai 2024 einen zukunftsweisenden Antrag der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) beschlossen. Ziel war die Einführung eines jährlichen „Sozialstaatstragfähigkeitsberichts“, der erstmals eine umfassende langfristige Berichterstattung über die finanzielle Entwicklung aller Zweige der Sozialversicherung sicherstellen soll. Dieser Bericht soll die Grundlage für eine sachliche Diskussion über die nachhaltige Finanzierbarkeit des Sozialstaats legen. Jetzt hat es diese MIT-Forderung – wie viele andere unserer Ziele – ins Wahlprogramm der Union geschafft.

Warum ein Sozialstaatstragfähigkeitsbericht?

Anders als in der Energie-, Umwelt- oder Klimapolitik, wo langfristiges Planen und Denken längst zum Standard gehört, fehlt im Bereich der Sozialversicherung bislang eine vergleichbare Perspektive. Lediglich die gesetzliche Rentenversicherung wird jährlich durch den Rentenversicherungsbericht analysiert. Doch auch dieser umfasst einen Vorausberechnungszeitraum von nur 15 Jahren – ein Zeitraum, den der Sozialbeirat der Bundesregierung wiederholt als zu kurz kritisiert hat.

Die Bundesregierung hat bislang versäumt, für alle Zweige der Sozialversicherung – darunter Arbeitslosen-





Dr. Rainer Dulger, BDA-Präsident: „Bereits 2023 haben die Sozialbeiträge die wichtige 40-Prozent-Grenze überschritten. Und das Ende der Fahnenstange ist damit noch lange nicht erreicht: Prognosen zeigen, dass sie bis 2040 auf 50 Prozent klettern könnten. Das ist Gift für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Das können wir so nicht hinnehmen. Wer Jobs in Deutschland halten und neue schaffen will, muss einen weiteren Anstieg der Belastung des Faktors Arbeit unbedingt verhindern. Ein Stoppschild in Form einer Obergrenze bei den Sozialbeiträgen kann wesentlich dazu beitragen. Und: Wir müssen Einsicht in die Notwendigkeit von Reformen schaffen. Dazu kann ein jährlicher ‚Sozialstaatstragfähigkeitsbericht‘, mit dem man die Entwicklung der Sozialkassen fest im Blick hat, maßgeblich beitragen. Mit solchen langfristigen Vorausberechnungen würde klar, dass wir uns immer weitere Kostenbelastungen in den Sozialsystemen nicht leisten können und gegensteuern müssen.“

versicherung, Kranken- und Pflegeversicherung sowie Unfallversicherung – langfristige Finanzprojektionen vorzulegen. Die Union will dies nun ändern. Denn ein umfassender Blick auf die Entwicklung der Beitragssätze ist unabdingbar, um drohende finanzielle Belastungen frühzeitig zu erkennen und rechtzeitig Reformen anzustoßen.

Ziele des Berichts

Der Sozialstaatstragfähigkeitsbericht soll:

- Nachhaltigkeitsberichte für alle Zweige der Sozialversicherung einbeziehen
- Transparenz schaffen, indem die langfristigen Auswirkungen von Reformen bereits im Referentenentwurf eines Gesetzes dargestellt werden

- Den bestehenden Rentenversicherungsbericht um die Betrachtung des Gesamtsozialversicherungsbeitrags ergänzen.

Besonders wichtig ist dabei die Einführung eines „Preisschildes“ für Reformen. Es soll bereits bei der Gesetzesplanung klar dargestellt werden, wie sich Änderungen langfristig auf die Beiträge auswirken. Nur so kann verhindert werden, dass finanzielle Belastungen verschleiert und Reformdruck kaschiert werden.

Die soziale Balance sichern

Eine dringende Notwendigkeit besteht auch deshalb, weil die seit Jahren bestehende Sozialgarantie – die Deckelung der Gesamtsozialversicherungsbeiträge auf 40 Prozent – seit Anfang 2023 nicht mehr eingehalten wird. Ohne mutige Reformen werden die finanziellen Belastungen für Arbeitnehmer und Unternehmen in den nächsten Jahren kontinuierlich weiter steigen. Die MIT begrüßt daher besonders das im Wahlprogramm formulierte Ziel, sich wieder auf die 40 Prozent hinbewegen zu wollen. Eine nachhaltige Finanzplanung ist dabei unverzichtbar, um die Beitragszahler vor einer Überforderung zu bewahren.

Bereits die Rentenkommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ hatte im Jahr 2020 empfohlen, die Entwicklung des Gesamtsozialversicherungsbeitrags in die Berichterstattung aufzunehmen. Obwohl diese Empfehlung bislang nicht umgesetzt wurde, zeigt der breite Rückhalt für das Anliegen seine generationenübergreifende Bedeutung: So wurde der Antrag der MIT sowohl von der Jungen Union als auch von der Senioren Union unterstützt.

Für eine faire und nachhaltige Sozialpolitik

Für die MIT steht fest: Es ist nun an der Zeit, Verantwortung zu übernehmen und langfristige Perspektiven in die Sozialpolitik einzubringen. Nur mit einer soliden Datengrundlage und einem ehrlichen Blick auf die langfristige Tragfähigkeit des Sozialstaats kann Deutschland die Herausforderungen des demografischen Wandels und steigender Sozialausgaben bewältigen. Ein Sozialstaatstragfähigkeitsbericht ist ein wichtiger Schritt, um diese Zukunft aktiv zu gestalten. ●



Bastian Pophal
Referent für Arbeit und Soziales
pophal@mit-bund.de

Erneuerbare Kraftstoffe sind schon jetzt verfügbar, kosten an der Tankstelle nur marginal mehr und sind bis zu 90 Prozent klimaneutral.



HVO 100 – Gamechanger in der Mobilität?

Elektromobilität, Brennstoffzelle oder aber doch erneuerbare Kraftstoffe? Die Technologieoptionen zum Gelingen der Verkehrswende und einer Defossilisierung unserer Mobilität sind vielfältig. Doch leider wurden aufgrund politischer Fehlentscheidungen Lösungsoptionen wie E-Fuels oder HVO 100 zu lange ideologisch bekämpft. Dabei können erneuerbare Kraftstoffe durch ihre bereits heutige Verfügbarkeit sofort eingesetzt werden und sind beispielsweise im Fall von HVO 100 bis zu 90 Prozent CO₂-neutral. Doch warum brauchen wir am Standort Deutschland erneuerbare Kraftstoffe?

Mineralölbasierte Kraft- und Brennstoffe machen immer noch circa ein Drittel unseres gesamten Endenergieverbrauchs aus und stellen somit weiter-



Egal ob im Individualverkehr, im Güterverkehr, auf der Schiene oder aber auch in der Landwirtschaft: Fest steht, der Dieselmotor ist aus unserem aktuellen Wirtschafts- und Verkehrssystem nicht wegzudenken. Ein hoher Energiegehalt sowie die perfekte Lager- und Transportierbarkeit machen flüssige Kraft- und Brennstoffe wie Diesel somit zu einem unverzichtbaren Teil unseres Energiesystems.

Erneuerbare Kraftstoffe?

Fest steht, Deutschland hat sich zur Einhaltung des Pariser Klimaschutzab-

„Jörg Hübeler, Head of Market Development Transportation & Industry bei Neste: Mit HVO 100 steht eine Lösung zur Verfügung, die einen signifikanten Beitrag zur Senkung der Emissionen im Verkehrssektor ermöglicht – ohne Umstellung von Antrieben oder Infrastruktur. Der Kraftstoff ist sofort und in industriellen Mengen verfügbar. Ihn nicht zu nutzen, wäre eine verpasste Chance.“

hin den wichtigsten Energieträger in Deutschland dar. Zum Vergleich: In Deutschland wurden im Jahr 2023 circa 2.280 TWh an Endenergie verbraucht. Der Energieverbrauch an Mineralöl lag hierbei bei circa 840 TWh. Es ist also nicht zu weit hergeholt, um hier vom bedeutendsten Energieträger in Deutschland zu sprechen.

Ohne Diesel geht's nicht

Der reine Verbrauch an mineralölbasierten Kraft- und Brennstoffen betrug zuletzt circa 51,2 Millionen Tonnen in Deutschland. Davon entfallen circa 60,5 Prozent auf Diesel- und 32,3 Prozent auf Ottokraftstoffe. Für 2024 bedeutet dies einen Verbrauch von circa 30 Millionen Tonnen an Dieselmotorkraftstoff in Deutschland. Der Bedarf mag hierbei zwar seit einigen Jahren leicht rückläufig sein, jedoch stellt der heute zu großen Teilen immer noch fossile Diesel ein unverzichtbares Rückgrat zur Aufrechterhaltung der Mobilität von Gütern und Personen in Deutschland dar.

Jörg Hübeler, Head of Market Development Transportation & Industry bei Neste



kommens bekannt und muss im Jahr 2045 klimaneutral sein. Die Transformation hin zur Klimaneutralität erfordert einen gewaltigen Umbau unseres Energiesystems. Neben der weit reichenden Elektrifizierung werden vor allem erneuerbare Moleküle das zweite Standbein dieser Transformation sein.

„Peter Erl: Mit der Umstellung unseres Fuhrparks von fossilem Diesel auf HVO 100 können wir als Unternehmen aufzeigen, wie Nachhaltigkeit und Bezahlbarkeit im Baugewerbe sich vereinen. Für unsere Anwendungsfälle kommen Elektrofahrzeuge nicht in Betracht. Es ist daher großartig, dass mit HVO 100 eine Option zur Verfügung steht, die bezahlbar, klimaschonend und verfügbar ist.“

Peter Erl – Präsidiumsmitglied der MIT



Dem Grunde nach sind alle heutigen Energieträger – abseits von Strom – Molekülketten basierend auf Kohlenwasserstoffverbindungen. Kohlenstoffdioxid und Wasserstoff bilden in unterschiedlichen Kombinationen Energieträger wie Benzin, Diesel, Erdgas oder aber Methan. Bisher bezieht die Welt diese Produkte durch die Exploration von Erdöl und Erdgas. Doch die Welt wandelt sich. Der Hunger nach erneuerbarer Energie wird immer größer. Gleichzeitig gibt es besonders im Bereich der strombasierten Kraft- und Brennstoffe eine wahre Goldgräberstimmung. Diese auch als PtX-Produkte bezeichneten Energieträger werden unter Zuhilfenahme von erneuerbarem Strom und nicht-fossilem Kohlenstoff erzeugt.

Für die Mittelstands- und Wirtschaftsunion steht fest: Diese Produkte werden künftig einen Großteil unseres Energiebedarfs decken. Denn neben dem Einsatz von beispielsweise Grünem Wasserstoff in Gaskraftwerken der neuen Generation, braucht auch der Mobilitätssektor weiterhin Kerosin, Diesel und Benzin.

Fest steht aber auch, dass diese Produkte aktuell nur in geringen Mengen und zu einem im Vergleich mit fossilen Kraftstoffen höheren Preis zur Verfügung stehen. Doch genau hier können erneuerbare Kraftstoffe wie HVO 100 zum Tragen kommen. Sie sind bereits heute in ausreichender Menge verfügbar, kosten an der Tankstelle nur marginal mehr und sind bereits heute bis zu 90 Prozent klimaneutral. Diese Kraftstoffe bilden die Brücke in die neue Welt der grünen Moleküle von Morgen.

HVO steht für Hydrated Vegetable Oil und wird zu 100 Prozent aus Rest- und Abfallstoffen hergestellt. Dieser synthetische Kraft- und Brennstoff kann in einer Vielzahl von Anwendungen – vom Lkw bis zum schweren Baugerät – zum Einsatz kommen und er ist nach der vollständigen Zulassung im Mai 2024 auch in der Breite verfügbar.

Praxischeck

Doch wie sieht der Einsatz solcher Kraftstoffe in der Praxis aus? Die Firma Erl Hoch- und Tiefbau aus Osterhofen hat ihren kompletten Fuhrpark auf HVO 100 umgestellt. Deren Geschäftsführer Peter Erl – Präsidiumsmitglied der MIT – sieht in diesem Schritt die Vereinigung von Ökonomie und Ökologie durch in der Praxis bezahlbaren und gelebten Klimaschutz.

Peter Erl: „Mit der Umstellung unseres Fuhrparks von fossilem Diesel auf HVO 100 können wir als Unternehmen aufzeigen, wie Nachhaltigkeit und Bezahlbarkeit im Baugewerbe sich vereinen. Für unsere Anwendungsfälle kommen Elektrofahrzeuge nicht in Betracht. Es ist daher großartig, dass mit HVO 100 eine Option zur Verfügung steht, die bezahlbar, klimaschonend und verfügbar ist.“

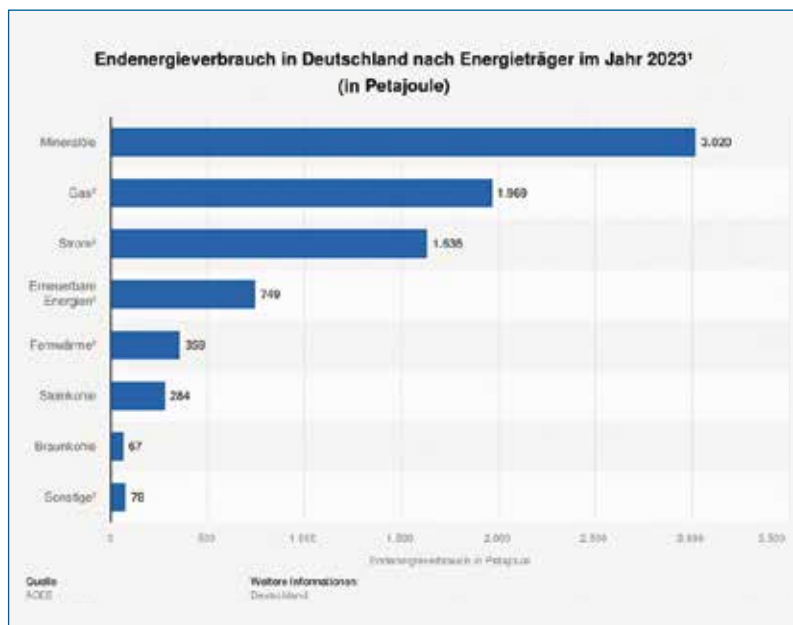
Die Firmenfahrzeuge fahren nun ohne technische Anpassung und zu lediglich marginal höheren Kosten mit einer CO₂-Reduzierung von bis zu 90 Prozent. Doch auch der Stickoxidausstoß ist im Vergleich mit fossilem Diesel deutlich geringer. Da der Klimadiesel darüber hinaus keine Aromaten enthält, wird er zusätzlich auch noch sauberer verbrannt.

Es zeigt sich, dass praktischer Klimaschutz sowohl im Kleinen als auch im Großen möglich ist. Technologieoffenheit ist hierbei der Schlüssel zum Erfolg, denn die Politik weiß schlicht einfach nicht, welche Technologie die Praktikabelste vor Ort ist.

Klimaschutz durch Innovation

Wie es funktionieren kann, zeigt auch das finnische Unternehmen Neste mit seinem Produktportfolio an erneuerbaren Kraft- und Rohstoffen. Neste ist der weltweit führende Hersteller von nachhaltigem Flugzeugtreibstoff, erneuerbarem Diesel sowie anderen erneuerbaren Rohstoffen, die beispielsweise in der Kunststoff- und Chemieindustrie eingesetzt werden.

Der HVO-Kraftstoff der Firma, Markenname Neste MY Renewable Diesel™,



wird zu 100 Prozent aus erneuerbaren Rohstoffen hergestellt und mittlerweile weltweit vertrieben. Auch in Deutschland ist Neste – nicht zuletzt gestützt durch die Zulassung von HVO 100 als Reinkraftstoff im vergangenen Jahr – aktiv und leistet seinen Teil für einen nachhaltigeren Verkehrssektor.

Jörg Hübeler, Head of Market Development Transportation & Industry bei Neste: „Mit HVO 100 steht eine Lösung zur Verfügung, die einen signifikanten Beitrag zur Senkung der Emissionen im Verkehrssektor ermöglicht – ohne Umstellung von Antrieben oder Infrastruktur. Der Kraftstoff ist sofort und in industriellen Mengen verfügbar. Ihn nicht zu nutzen, wäre eine verpasste Chance.“ ●



Lukas Hanstein

Referent für Energie-, Klima- und Umwelt-Politik
hanstein@mit-bund.de

„Die Amerikaner sind gradlinig. Ich bin es auch. Das passt.“

Fabian Wendenburg: Sie haben kürzlich gesagt, dass Deutschland sein Geschäftsmodell neu erfinden müsse. Stichpunkte sind unter anderem die Erschöpfung der Globalisierung, die zunehmende Verantwortung für unsere eigene Sicherheit, die wachsende Rivalität mit China und der Wegfall des russischen Gases. Wie könnte ein neues Geschäftsmodell für Deutschland aussehen?

Friedrich Merz: Wir müssen unsere Wirtschaftspolitik fundamental und mit klaren Zielen neu aufstellen: weniger Regulierung, niedrigere Steuern und Energiekosten sowie eine moderne Infrastruktur. Wir brauchen vor allem einen klaren und verlässlichen wirtschaftspolitischen Kurs, anstatt Chaos und Verunsicherung.

Die CDU hat für den Fall einer Regierungsübernahme eine Agenda 2030 vorgestellt. Was sind die wichtigsten Elemente?

Vor allem geht es darum, zu zeigen, wie grundlegend die Unterschiede zwischen unserer Wirtschaftspolitik

und dem verheerenden Kurs der Ampel sind. Nehmen Sie das Beispiel der Unternehmenssubventionen, die – um es vorsichtig zu sagen – alles andere als gut liefen. Wir wollen in der ganzen Breite der Wirtschaft Verbesserung: Dazu gehört eine Steuerreform, die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen entlastet. Gleichzeitig setzen wir auf einen konsequenten Bürokratieabbau, damit Innovation und Unternehmergeist nicht länger durch überflüssige Vorschriften behindert werden. Unser Ziel ist eine pragmatische und zukunftsorientierte Standortpolitik, statt ideologischer Scheuklappen zum Beispiel in der Energiepolitik. So wollen und werden wir Deutschland wieder zu einem führenden Wirtschaftsstandort machen und gleichzeitig die Grundlagen für nachhaltigen Wohlstand, sichere Arbeitsplätze und ein stabiles Sozialsystem legen.

Das Credo von Union und MIT ist: Die Wirtschaft braucht gute Rahmenbedingungen für alle Unternehmen – egal welcher Größe und welcher Branche. Allerdings ist der



Kanzlerkandidat Friedrich Merz spricht im Interview mit Chefredakteur Fabian Wendenburg über seine Entlastungspläne für Unternehmen, Generationengerechtigkeit und die Zukunft der EU

Chefredakteur Fabian Wendenburg traf Kanzlerkandidat Friedrich Merz im Konrad-Adenauer-Haus zum Interview



Standort in dieser Breite nicht mehr wettbewerbsfähig. Was wäre der erste wirtschaftspolitische Impuls einer Regierung Merz, und wieviel Zeit braucht eine neue Bundesregierung, um eine echte Trendwende herbeizuführen?

Uns ist klar: Wir müssen Tempo machen. Zum einen, weil die Situation unserer Wirtschaft so ernst ist. Zum anderen, weil wir schnell Vertrauen zurückgewinnen wollen. Die Menschen im Land müssen ab Tag eins der neuen Regierung sehen: Die CDU hält Wort und setzt die angekündigten Vorhaben konsequent um. Genau des-

„Wir brauchen vor allem einen klaren und verlässlichen wirtschaftspolitischen Kurs, anstatt Chaos und Verunsicherung.“

halb wollen wir auch noch vor der Wahl ein Sofortprogramm verabschieden. Das soll schnell wieder Schwung in die Wirtschaft bringen. Zu unseren Prioritäten insgesamt muss zum Beispiel gehören, das völlig verfehlte so genannte „Bürgergeld“ durch eine neue Grundsicherung zu ersetzen und die Regeln zur Arbeitszeit deutlich flexibler zu gestalten – übrigens auch, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Deutschland hat einen großen Investitionsstau. Wie wollen Sie es

schaffen, bei Investitionen aufzuholen und gleichzeitig bei einer soliden Haushaltspolitik zu bleiben?

Rund 90 Prozent aller Investitionen sind privat veranlasst. Wir müssen die Rahmenbedingungen für private Investitionen in der ganzen Breite verbessern – zum Beispiel bei Steuern und Energiekosten, Rahmenbedingung auf deutscher und europäischer Ebene. Zu letzteren gehört zum Beispiel auch eine Vollendung der Kapitalmarktunion, mit der wir zusätzliche Gelder für Investitionen nach Europa holen. Und nochmals: Ent-

scheidend für Investitionen ist am Ende eine verlässliche Wirtschaftspolitik inklusive einer soliden Haushaltspolitik. Das Gute daran ist: Verlässlichkeit kostet den Bund – und damit den Steuerzahler – nicht einen Cent extra.

Die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme wird Deutschland in den nächsten Jahren vor enorme Herausforderungen stellen. Wie bringen wir wieder Nachhaltigkeit ins System und können gleichzeitig den Anforderungen einer alternden Gesellschaft gerecht werden?

Das Allerwichtigste für stabile soziale Sicherungssysteme ist es, die Wirtschaft wieder ans Laufen zu bekommen. Genau deswegen ist die Politik von Olaf Scholz und Robert Habeck nicht nur wirtschaftspolitisch verfehlt, sondern auch in hohem Maße unsozial gewesen. Gerade im Sinne von Nachhaltigkeit auch angesichts einer alternden Gesellschaft brauchen wir daher Wachstum. Dafür werden wir sorgen – und im Unterschied zu Rot und Grün damit wirklich etwas für die soziale Sicherheit tun. Im Übrigen gilt: Die CDU Deutschlands steht für Generationengerechtigkeit. Wir spielen Alt und Jung nicht gegenein-



„Der wesentliche Unterschied zu Olaf Scholz ist: Ich mache Europapolitik, er nicht.“

ander aus. Es gibt mit uns keine Rentenkürzungen. Wir setzen nicht auf Zwang, sondern auf attraktive Anreize für diejenigen, die freiwillig länger arbeiten wollen. Dafür wollen wir eine Aktiv-Rente einführen, bei der steuerfrei im Alter hinzuverdient werden

kann. Wir wollen zudem die Anreize für eine zusätzliche private Vorsorge erhöhen.

Wir – CDU und MIT – stehen zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens. Allerdings zeichnet sich ab,

dass wir auf dem derzeitigen Pfad die Ziele nicht erreichen. Was ist zu tun?

Deutschland braucht stärkere, marktwirtschaftliche Anreize statt immer mehr Regulierung. Als CDU bekennen wir uns klar zu den Zielen des Pariser





„Unser Ziel ist eine pragmatische und zukunftsorientierte Standortpolitik, statt ideologischer Scheuklappen zum Beispiel in der Energiepolitik.“

Klimaabkommens und haben bei unserem Handeln die Klimaneutralität 2045 fest im Blick. Wichtig ist aber, dass wir hierbei marktwirtschaftlich und technologieoffen vorgehen und die Akzeptanz der Menschen bei unserem Vorgehen nicht verlieren. Und wir brauchen eine gesunde Portion Pragmatismus statt Ideologie. Hier hat die Ampel viel Vertrauen verspielt. Wir setzen auf den Emissionshandel und unterstützen zudem durch Innovationen „Made in Germany“ nicht nur bei uns, sondern weltweit die Emissionsreduktion.

Über die Voraussetzungen für unsere Wettbewerbsfähigkeit und unsere Wehrhaftigkeit wird ganz wesentlich in Brüssel entschieden. Was werden Sie als Bundeskanzler konkret machen, um in Europa wieder Führung zu übernehmen und die europäische Politik zu gestalten?

Der wesentliche Unterschied zu Olaf Scholz ist: Ich mache Europapolitik, er nicht. Sinnbild seiner Politik war der German Vote, also eine Enthaltung in Brüssel, weil die Ampel keine einheitliche Position hinbekommen

„Antisemitismus muss als besonders schwerer Fall von Volksverhetzung im Strafgesetzbuch eingestuft werden.“

hat – und das bei zentralen Themen für unsere Wirtschaft und die Arbeitsplätze in unserem Land. Daher wartet die EU darauf, dass Deutschland endlich wieder seiner Verantwortung gerecht wird. Mit einer bes-

seren Europa-Koordinierung werden wir einen klaren Unterschied zur Ampel machen. In der Sache steht die EU vor ähnlichen Herausforderungen wie Deutschland. Sie muss durch einen echten Politikwechsel wieder Vertrauen zurückgewinnen. Sie muss den Europäern zeigen, dass sie Europa wettbewerbsfähiger, insbesondere weniger bürokratisch und sicherer machen kann. Dafür muss die EU weniger regulieren und stattdessen mehr tun, um außen- und sicherheitspolitisch handlungsfähig zu werden. Wir brauchen auch einen echten „Deal für Wettbewerbsfähigkeit“ in Europa. Die weitgehende parallele Amtszeit der neuen Kommission und einer neuen Regierung in der größten Volkswirtschaft ist hier eine Chance, die wir nutzen müssen.

Sie haben angekündigt, als deutscher Bundeskanzler schnell mit US-Präsident Donald Trump ins Gespräch zu kommen. Auf welchen Gebieten sehen Sie Spielräume für Verhandlungen oder sogar Deals“? Ob bei Donald Trump oder anderen: Wir werden wieder aufrecht, klar und sachlich deutsche Interessen vertre-

ten. Die Ampel war oft entweder belehrend oder verdrückt. Entsprechend schlecht ist das Verhältnis zu vielen Regierungen. Die Amerikaner sind gradlinig. Ich bin es auch. Das passt.

„Wir müssen Tempo machen. Zum einen, weil die Situation unserer Wirtschaft so ernst ist. Zum anderen, weil wir schnell Vertrauen zurückgewinnen wollen.“

Die Ampel-Regierung ist vorzeitig und im Streit zerbrochen. Welche Lehren ziehen Sie daraus, um erfolgreich eine Koalitionsregierung anzuführen?

Die Ampel ist an ihrer fehlenden Einheit und ihrer Unfähigkeit zerbrochen, langfristige Strategien zu entwickeln. Das zeigt, wie wichtig eine klare Führung und ein gemeinsames Ziel in der Regierungsarbeit sind. Als Kanzler werde ich auf Verlässlichkeit, klare Verantwortlichkeiten und eine enge Zusammenarbeit zwischen den Koalitionspartnern achten. Die Grundlage jeder Koalition muss ein Programm sein, das sowohl Kompromissfähigkeit als auch gemeinsame Werte vereint.

Sie haben kürzlich den Sonderpreis der MIT für Zivilcourage an Charlotte Knobloch übergeben. Was kann die Politik, was könnten Sie als Bundeskanzler tun, damit Jüdinnen und Juden in Deutschland ein normales, sicheres und freies Leben führen können?

Es braucht klare Signale gegen Antisemitismus und entschiedene Maßnahmen, um jüdisches Leben in Deutschland zu schützen. Dies ist ein fundamentaler Ausdruck unserer Staatsräson. Dazu gehört für uns beispielsweise, dass antisemitische Äußerungen und Terrorunterstützung strafrechtlich stärker geahndet werden müssen. Antisemitismus muss als besonders schwerer Fall von Volksverhetzung im Straf-

gesetzbuch eingestuft werden. Auch im Bereich der Zivilgesellschaft müssen wir zeigen, dass Antisemitismus bei uns keinen Platz hat. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die Mittel vom Bund erhalten, müssen daher unserer Auffassung nach künftig ein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grund-

ordnung abgeben sowie ein Bekenntnis gegen Antisemitismus im Sinne der IH-RA-Antisemitismusdefinition.

Unter der Ampel hat sich die Zustimmung zur AfD annähernd verdoppelt. Steht die Brandmauer zur AfD unumstößlich unter Ihrer Führung?

Wir dürfen nicht zulassen, dass Ausländerfeindlichkeit oder rassistische Untertöne die Debatte bestimmen. Es wird keine Koalition mit der AfD, auch keine Zusammenarbeit mit der AfD geben.

Dieter Bohlen wäre gerne Ihr Elon Musk. Nehmen Sie dieses Angebot an?

Als einzige große Volkspartei der Mitte sind wir immer offen für Ideen und Ideengeber aus der Breite der Gesellschaft – ob mit oder ohne Promi-Faktor. ●

„Die CDU Deutschlands steht für Generationengerechtigkeit. Wir spielen Alt und Jung nicht gegeneinander aus.“





Starke Kommunen für eine starke Wirtschaft

Ein Namensbeitrag
von Christina Stumpp,
stellvertretende General-
sekretärin der CDU

Starke und handlungsfähige Kommunen sind ein wichtiger Faktor für eine starke heimische Wirtschaft. Das höre und erlebe ich als stellvertretende Generalsekretärin und Leiterin des Kommunalbüros der CDU Deutschlands immer wieder. Das zeigt, dass wir einen stärkeren Fokus auf unsere Städte und Gemeinden legen müssen, wenn wir Deutschland wieder nach vorne bringen möchten.

Auf der kommunalen Ebene werden entscheidende Rahmenbedingungen für Unternehmen gesetzt: Wo werden Gewerbegebiete ausgewiesen und wie gut sind sie verkehrlich und digital angeschlossen? Wie gut sind die Innenstädte für Kunden erreichbar, die im Einzelhandel einkaufen

möchten? Wie attraktiv ist eine Region für Fachkräfte und ihre Familien? Wie ist die Betreuungsinfrastruktur vor Ort für Familien? All diese Fragen werden in der Kommune geregelt, weshalb unseren Städten und Gemeinden eine Schlüsselrolle für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands zukommt.

Auch sind die Kommunen der Ort, an dem die Bürgerinnen und Bürger unsere Demokratie unmittelbar erleben und ihre Heimat selbst mitgestalten können. Hier erleben die Menschen am eigenen Leibe, ob Verwaltung, Staat und Demokratie funktionieren oder nicht.

Gemeinden, Städte und Landkreise müssen ihre Aufgaben adäquat und bürgernah erfüllen und so einen Beitrag zu einem starken Mittelstand und einer wachsenden Wirtschaft in Deutschland leisten können. Um die im Grundgesetz garantierte Selbstverwaltung mit Leben zu füllen, brauchen sie die nötige Gestaltungsfreiheit und ausreichende Mittel. Die finanzielle Lage der Kommunen ist mehr als angespannt: Alleine für die ersten drei Quartale des Jahres 2025 wird sich für die Kommunen in Deutschland ein Defizit von knapp 25 Mrd. Euro ergeben. Dazu kommt ein Investitionsrückstau von ca. 186 Mrd. Euro. Wir werden dieses Problem in der nächsten Legislaturperiode anpacken. Zwei Handlungsfelder sind hierfür zentral:

1. Das Konnexitätsprinzip muss zukünftig wieder eingehalten werden. Das heißt, Kommunen müssen finanziell so ausgestattet werden, dass sie die ihnen auferlegten Aufgaben erfüllen können. Bund und Länder haben in den letzten Jahren immer mehr Aufgaben auf die Kommunen übertragen, ohne dafür ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen. Das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ muss auch für das Zusammenspiel zwischen Bund, Ländern und Kommunen gelten. Dafür werden wir uns stark machen. Diese Problematik wird besonders deutlich bei der Migrationspolitik: Kommunale Akteure erleben seit Jahren, dass sie vor Ort an Kapazitätsgrenzen kommen – sei es bei der Unterbringung, dem Sprachunterricht oder der Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft. Die tatsächlichen Kosten übersteigen seit Jahren die Mittelzuweisungen von Bund und Ländern. Hier gibt es riesigen Handlungsbedarf. Eine Reduzierung der Flüchtlingszahlen, unter anderem durch

konsequente Zurückweisung nicht Einreiseberechtigter an der europäischen und deutschen Außengrenze ist deshalb auch aus kommunaler Sicht unabdingbar.

2. Bürokratische Prozesse müssen konsequent verschlankt und vereinfacht werden. Davon profitieren die kommunalen Verwaltungen selbst genauso wie kleine und mittlere Betriebe vor Ort. Beispiel Förderprogramme: Aktuell können Kommunen auf ca. 900 Förderprogramme von Land, Bund und EU zurückgreifen. Was zunächst attraktiv klingt, ist in der Realität ein undurchsichtiger Förder-Dschungel, der Kommunen dazu veranlasst, Personal einzustellen, um überhaupt den Überblick zu behalten und die aufwendigen Anträge zu bearbeiten. Unnötiger bürokratischer Aufwand, der durch Vereinfachung und Zusammenfassung verbessert werden kann. Ähnliche Ärgernisse kennt jeder Unternehmer, beispielsweise mit Blick auf Berichtspflichten. Insbesondere für junge Unternehmen und Start-Ups wollen wir diesen Aufwand radikal vereinfachen: Beispielsweise möchten wir eine „Gründer-schutzzone“ einrichten, in der Start-Ups so weit wie möglich von bürokratischen Vorschriften befreit werden. Wir werden zukünftig außerdem darauf achten, dass EU-Richtlinien, die bei Unternehmen bürokratischen Aufwand auslösen, nicht noch mit zusätzlichen nationalen Vorschriften verkompliziert werden.

Kurzum: Starke, handlungsfähige Kommunen, die ihre Rolle im föderalen System der Bundesrepublik gut erfüllen können und ein radikaler Rückbau der Bürokratie auf allen Ebenen sind ein entscheidender Schritt dafür, Deutschland wieder nach vorne zu bringen und nachhaltig als Wirtschaftsstandort zu stärken. ●

EU-Check

In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.



Beihilfe einfach(er) gemacht

Ursprünglich sollte die De-minimis-Verordnung für die Landwirtschaft Ende 2027 auslaufen. Im Dezember 2024 entschied die Europäische Kommission, die Verordnung nicht nur bis 2032 auszuweiten, sondern auch die Obergrenzen anzuheben: Damit sind künftig Beiträge für landwirtschaftliche Unternehmen von bis zu 50.000 Euro über einen Zeitraum von drei Steuerjahren von der Beihilfenkontrolle ausgenommen. Zudem werden die nationalen Obergrenzen sowie der Referenzzeitraum zugunsten der Betriebe angepasst und die sektorale Obergrenze gestrichen. Auch in Sachen Bürokratie gibt es Neuerungen: Mit der verpflichtenden Einführung eines Zentralregisters auf nationaler oder europäischer Ebene soll mehr Transparenz geschaffen und der Verwaltungsaufwand für Landwirte – zumeist KMU – minimiert werden. Mit den Änderungen reagiert die Kommission auf die überschlagenden Marktentwicklungen und die hohe sektorspezifische Inflation, aber auch auf die dringenden Forderungen des Berufsstandes.



Aufgeschoben, nicht aufgehoben

Unternehmen erhalten mit der Entscheidung des Europäischen Rates und des Europäischen Parlaments Ende 2024 ein zusätzliches Jahr zur Umsetzung der EU-Entwaldungsverordnung. Kleinst- und Kleinunternehmen sind ab 2026 betroffen. Die Verschiebung war wirtschaftlich notwendig und schafft eine Atempause für Mitgliedstaaten, Marktteilnehmer und Händler, die die Praktikabilität des Gesetzes zu großen Teilen in Frage stellen. Dennoch stellt die Initiative allgemein eine verpasste Gelegenheit dar, zeitgleich inhaltliche Bedenken zu beheben. Die Blockadehaltung der Mitgliedstaaten, allen voran der aktuellen Bundesregierung, machten wesentliche Änderungen unmöglich – ein Beleg der Inkongruenz zwischen Aussagen und Handlungen von Grünen und SPD. Auf Drängen der Christdemokraten hat sich die Kommission verpflichtet, die notwendige digitale Infrastruktur für Betreiber und Marktteilnehmer und den Vorschlag zur Risikoeinstufung schnellstmöglich bereitzustellen. Auch stellt sie vorab der Überprüfung der Verordnung 2028 Vereinfachungen für Unternehmen in Aussicht. Das zusätzliche Jahr muss genutzt werden, um den notwendigen globalen Waldschutz mit den Interessen der betroffenen Forst-, Landwirte und Unternehmen in Europa in Einklang zu bringen.

Die Jury

Marion Walsmann (CDU) und Markus Ferber (CSU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe



PKMEurope
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Dialog mit der Basis

MIT-Kreisvorsitzenden-Konferenz mit Carsten Linnemann

Das neue Jahr startete für die Kreisvorsitzenden der MIT und MU mit einer digitalen Kreisvorsitzendenkonferenz am 6. Januar. Gitta Connemann eröffnete die Konferenz und stimmte die rund 120 Kreisvorsitzenden, die der Einladung gefolgt waren, auf den Wahlkampf ein. Sie machte deutlich, dass das Wahlprogramm der Union eine ganz klare MIT-Handschrift trägt – MIT



wirkt! Connemann nannte bspw. die Senkung von Einkommens- und Unternehmenssteuern, einen Kurswechsel beim Thema Bürokratie oder eine Senkung der Stromsteuer und Netzentgelte. Anschließend diskutierten die MITler mit dem CDU-Generalsekretär Dr. Carsten Linnemann. Der ehemalige MIT-Vorsitzende Linnemann unterstrich die inhaltliche Klarheit der Union und rief dazu auf für „100 Prozent Union – Union pur“ zu kämpfen.

MIT-Digitaltalk 1: Trumps Comeback

Am 16. Januar fand unser MIT-Digitaltalk zur Wahl von Donald Trump als US-Präsidenten statt. Mit rund 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und unter der Moderation von Hauptgeschäftsführer Fabian Wendenburg diskutierten Thomas



Silberhorn MdB, Fachsprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Transatlantische Beziehungen, und Jan Friedrich Kallmorgen, Partner bei EY-Parthenon, die geopolitischen Verschiebungen und deren Auswirkungen auf das transatlantische Bündnis. Silberhorn betonte die Bedeutung einer starken transatlantischen Partnerschaft für Handel, Sicherheit und politische Stabilität. Gleichzeitig warnte er vor potenziellen Spannungen, die durch protektionistische Maßnahmen der neuen US-Regierung entstehen könnten. Kallmorgen hob hervor, dass Trumps Rückkehr trotz wirtschaftlicher Unsicherheit auch Chancen für Innovationen biete – denn von einer boomenden US-Wirtschaft profitierten auch unsere Mittelständler.

Online-Event 2

MIT-Digitaltalk 2: Lunar Economy

Am 20. Januar diskutierten hochkarätige Expertinnen und Experten mit Gitta Connemann MdB die Chancen der Lunar Economy. Sabine von der Recke (OHB Systems AG) zeigte auf, wie OHB schon heute auf und um den Mond herum arbeitet und wie das weltweit führende Unternehmen Innovationen vorantreibt. Christoph Keese (WORLD.MINDS) verdeutlichte das Potenzial der Lunar Economy für den Mittelstand und ihre Vielfalt an Geschäftsmodellen. So könne der Mittelstand als Ausstatter für größere Unternehmen Teil der Lunar Economy werden. Deutschland habe die große Chance, ein attraktiver Space-Standort zu werden. Diese Einschätzung teilte auch der ehemalige Luft- und Raumfahrt-Beauftragte der Bundesregierung und unser Bundesvorstandsmitglied Thomas Jarzombek MdB. Er betonte die wichtige Rolle der Privatwirtschaft in der Raumfahrt, die der Staat als Auftraggeber unterstützen könne. Matthias Wachter (New Space Initiative, BDI) stellte die verschiedenen Entwicklungsphasen der Mondwirtschaft vor und erklärte, warum der Mond wegen seiner sichtbaren Nähe ein besonders greifbares Ziel sei. Zudem wies er auf die bereits existierenden geopolitischen Abhängigkeiten Europas von den USA, China und Indien im Weltraum hin. Gitta Connemann versprach den rund 70 Teilnehmern, dass die MIT das Thema weiter vorantreiben werde und zeigte hierfür das große wirtschaftliche Potenzial von bis zu 500 Milliarden Euro bis 2040 auf.



„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

... erarbeiten vor Verteilen kommt. Die Wirtschaft ist die Grundlage und Voraussetzung unseres Wohlstandes und Sozialstaates.“



Gregor Golland

Unternehmer und Politiker,
MIT Rhein-Erft

... der Mittelstand als Rückgrat unserer Wirtschaft gerade jetzt unter erheblichem Druck steht.“



**Anna-Elisabeth
von Treuenfels-Frowein**

Juristin und Politikerin, MIT Hamburg

... ein Zusammenhalt und Miteinander speziell für klein- und mittelständische Unternehmen wichtig ist.“



Frank Rettig

Unternehmer, MIT Bergstraße

Gregor Golland (49) lebt mit seiner Familie in der Schloss-Stadt Brühl. Nach dem Abitur absolvierte er seinen Wehrdienst bei der Luftwaffe und ist auch heute noch als Oberstleutnant der Reserve aktiv. Er machte eine Ausbildung als Industriekaufmann in der Chemieindustrie und studierte danach BWL in Köln und in den USA. Beruflich arbeitete er 16 Jahre als Führungskraft in der Energiewirtschaft und ist inzwischen Inhaber einer Beratungsgesellschaft mit Schwerpunkt Einkauf und Beschaffung. Politisch trat er 1990 in die CDU ein, ist seit 2004 Mitglied des Kreistages im Rhein-Erft-Kreis und dort seit Mai 2024 Fraktionsvorsitzender. Ab 2010 ist er Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen und dort seit 2017 stellv. Fraktionsvorsitzender für die Bereiche Innen, Justiz, Integration und Sport.

Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein (62) wuchs im Kehdinger Land und später in Hamburg auf. Dort studierte sie Rechtswissenschaften und legte ihr zweites Staatsexamen ab. Sie engagierte sich mit der Volksinitiative „Wir wollen lernen“ gegen die Einführung der Primarschule in Hamburg und war eine der Verhandlungsführerinnen zwischen Initiative und Bürgerschaft. Das war ihr Quereinstieg in die Politik. Seit 2011 ist sie Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, zunächst als bildungs- und justizpolitische Sprecherin. 2017 - 2020 war sie Co-Fraktionsvorsitzende der FDP-Bürgerschaftsfraktion. Bei der Bürgerschaftswahl 2020 gewann sie ein Direktmandat im WK Hamburg-Blankenese und zog damit erneut in die Bürgerschaft ein. Weil sie die Politik der Ampel nicht mehr mittragen konnte, wechselte sie im Juli 2024 zur CDU. Sie ist verheiratet, hat drei Kinder lebt in Hamburg.

Frank Rettig (64) wohnt in Fürth im Odenwald und ist Gründer und ehemaliger Geschäftsführer der Odenwälder Kochkäserei. Nach seinem Schulabschluss begann er eine Metzgerausbildung im elterlichen Betrieb, die er 1981 mit der Metzgermeisterprüfung abschloss. Nach einigen Jahren als Metzgermeister beschloss er 1992, als Quereinsteiger die Odenwälder Kochkäserei zu gründen, um nach altem Familienrezept ein regionales und natürliches Produkt herzustellen.

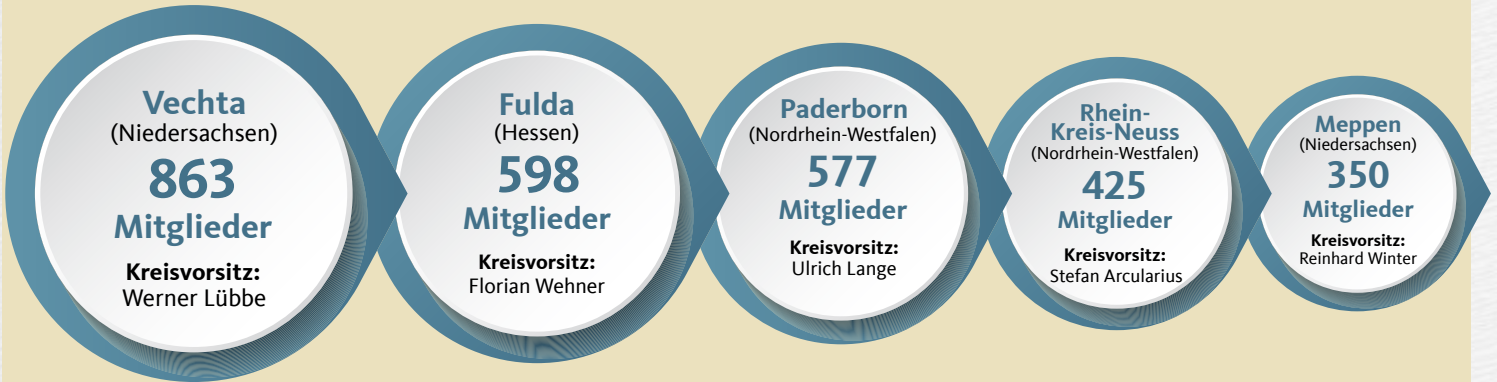
Im Laufe der Jahre expandierte die Firma weiter und entwickelte sich von einem Kleinbetrieb zu einem Unternehmen mit eigener Produktions- und Gaststätte, die heute 20 Mitarbeiter beschäftigt. 2023 übergab Herr Rettig die meisten Unternehmensanteile an seine Tochter, die den Familienbetrieb nun weiterführt.

Die MIT ist mit rund 25 000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: www.mit-bund.de/mitgliedschaft



Mitgliederstatistik

Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände (31.12.2024)



Verbände mit dem größten relativen Zuwachs (31.12.2024)



Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs (31.12.2024)



„Mein Traum: Herzen im Flug erobern.“

Achim Häfner, Falkner der Herzen



Mach dir den Bürokratismus federleicht.

Wenn der Falkner der Herzen mit seinen streichelzahmen Eulen kranken Menschen ein Lächeln ins Gesicht zaubert, denkt er nicht an Buchhaltung. Das erledigt er ganz automatisch. Und kann sich voll aufs Glückmachen konzentrieren. Für große Träume braucht es jemanden, der dir den Rücken freihält. www.lexware.de

Lexware



INHALT

- 2 NRW**
Chef der Münchener Sicherheitskonferenz (MSC) bei der MIT
Angela Erwin unterstützt Spitzenkandidaten Thomas Jarzombek
MITmacher Award 2024:
Auszeichnung für Gründergeist
- 5 Bayern**
Die Erbschafts- und Schenkungssteuer muss weg
- 6 Brandenburg**
Unternehmerfrühstück der MIT-LDS bei SpreeWa Bauelemente
- 6 Hessen**
MIT-Bürokratiegutschein gegen Bürokratiefrust
- 7 Niedersachsen**
Unser Jahr 2024
- 8 Rheinland-Pfalz**
Hohe Ehrung für Josef Geyer
- 9 Sachsen**
MIT Sachsen gibt Vollgas
- 10 Sachsen-Anhalt**
MIT Burgenlandkreis wählt neuen Vorstand
- 10 Schleswig-Holstein**
ESG als Herausforderung und Chance für den Mittelstand
- 11 Hamburg**
Wirtschaftspolitisches Neujahrsfrühstück im Zeichen der Doppelwahl
- 11 Thüringen**
Jahresausklang der MIT Jena:
Rückblick auf ein erfolgreiches Jahr
- 12 Mecklenburg-Vorpommern**
Unser Team für die Bundestagswahl – MIT stark vertreten

Chef der Münchener Sicherheitskonferenz (MSC) bei der MIT

Bezirk Niederrhein. Dr. Christoph Heusgen hatte ein Heimspiel bei der MIT des Bezirkes Niederrhein. Der frühere Diplomat, sicherheitspolitische Berater im Bundeskanzleramt, UN-Botschafter und Verhandler in vielen heiklen internationalen Angelegenheiten war gerne der Einladung des MIT-Bezirksvorsitzenden Maik Giesen und des Bundesvorstandsmitgliedes Bärbel Kohler gefolgt.



Foto: MIT Niederrhein

V.l.: Maik Giesen, Bärbel Kohler, Dr. Christoph Heusgen und der Bundestagskandidat Carl-Philipp Sassenrath.

Die MSC 2025 findet im Februar zu einem besonderen Zeitpunkt statt: Im Januar tritt eine neue US-Regierung ihr Amt an, der Waffenstillstand im Gaza wird umgesetzt, der Ukraine Krieg findet kein Ende mit Russland, im chinesischen Meer eskaliert es mit den indonesischen Fischern und China, in Brüssel beginnt eine neue Legislaturperiode und nur eine Woche nach Ende der MSC finden in Deutschland die Bundestagswahlen statt. Und zu allen genannten Themen gab es Einblicke hinter die Kulissen und spannende Fragen aus dem Publikum.

Dabei freut sich der Bezirksvorsitzende Giesen über die große Teilnehmerzahl: „Bei der MIT bekommt man genau diese hochinteressanten Gäste, die man sonst nur aus Funk und Fernsehen kennt.“ Gerade die anwesenden jungen MITler zeigten sich begeistert über die Qualität der Veranstaltung und Chance, hochinteressante Gäste auch mal persönlich und in entspannter Runde kennenzulernen.

Landesvorstand diskutiert intensiv über Vermögen und Finanzen

Nordrhein-Westfalen/Meerbusch. Als hätte man es im MIT-Landesvorstand geahnt, dass die Grünen und die SPD zum Jahresbeginn der Altersvorsorge und dem Ersparnen der Deutschen ans Leder wollen. So trafen sich der Landesvorstand und die Kreisvorsitzenden zur Jahresabschlussitzung in der Akademie der Deutschen Vermögensberatung AG (DVAG) in Meerbusch. Nach zwei Fachvorträgen zu den Themen „Liquiditätsmanagement für Mittelständler und „Fachkräfte-/Mitarbeitergewinnung“ durch Daniel Weber und Paul Siegburg von der DVAG, begab man sich tief in die Fragestellung „Wie sicher ist unser Vermögen in Deutschland“ hinein. Als Top-Gesprächspartner hatte man Rik Steinheuer, Vorsitzender des Bundes der Steuerzahler NRW, gewinnen können. Mit ihm besprach die MIT viele Aspekte der finanz- und steuerpolitischen Notwendigkeiten nach einer Bundestagswahl, natürlich auch die Gefahren, die durch eine rein einnahmenorientierte Politik für Bürger und den Standort drohen.



Fotos: MIT NRW/Meerbusch



Angela Erwin unterstützt Spitzenkandidaten Thomas Jarzombek

Nordrhein-Westfalen. Beim Unterstützertag der JU Deutschland gab Angela Erwin für unseren Spitzenkandidaten der MIT NRW zur Bundestagswahl, Thomas Jarzombek, Gas. In der Classic Remise in Düsseldorf, umgeben von vielen Classic-Cars, war die richtige Atmosphäre dafür gegeben.

Im Mittelpunkt stand der „Politikwechsel für Deutschland“. Neben den beiden Bundestagskandidaten Thomas Jarzombek und Johannes Winkel sowie dem Landesvorsitzenden der JU NRW, Kevin Gniosdor, freuten sich über 500 Veranstaltungsteilnehmerinnen und Teilnehmern insbesondere über die Hauptrede unseres Ministerpräsidenten Hendrik Wüst. Die Aufbruchsstimmung, die uns vor der anstehenden Bundestagswahl bewegt, war auch im Rahmen dieser Veranstaltung wieder deutlich spürbar. Deutschland soll wieder nach vorne gebracht werden und wir sind bereit, diesen Politikwechsel voranzutreiben. Angela Erwin wird auch bei weiteren Kandidaten aus Reihen der MIT gezielt mit Auftritten unterstützen, so besucht Sie im Februar Oliver Pöpsel in Soest und Dr. Georg Kippels im Rhein-Erft-Kreis.



Foto: MIT NRW

„Bereit für den Politikwechsel“ – Angela Erwin und Thomas Jarzombek und viele, viele andere.

Angela Erwin in großer Runde bei der MIT Aachen

Aachen. Alle Vorstände der insgesamt fünf Kreisverbände im Bezirk Aachen waren eingeladen, mit der MIT-Landesvorsitzenden Angela Erwin über spannende Themen der Landespolitik, aber natürlich auch über den Bundestagswahlkampf zu diskutieren.

Inhaltliche Themen waren landespolitisch vor allem die Frage nach der sicheren und bezahlbaren Energieversorgung und die von der scheidenden Bundesregierung unzureichend geplante Kraftwerksreserve, bis hin zur Frage des Ausstiegs aus der Braunkohle 2030. Aber auch Fragen zur Inneren Sicherheit und des Landeshaushaltes, der massiv durch die schlechte Wirtschaftslage belastet ist, konnten intensiv angesprochen werden.

Aufreger des Abends war der Vorstoß der Grünen, kapitalmarktgedeckte Altersvorsorgeprodukte und



Foto: MIT Aachen

Als Landesvorsitzende reiste Angela Erwin (Mitte) gern nach Aachen, um ihre Vorstandsmitglieder zu besuchen und sich intensiv auszutauschen.

insgesamt alle Einkünfte aus Kapitalanlagen mit Sozialversicherungsbeiträgen zu belasten. Die Empörung diesbezüglich war enorm. „Die wissen ja gar nicht, worüber sie reden“ bemerkte ein Teilnehmer. Die dann von der SPD alternativ vorgetragenen verstärkten Steuerbelastungen

auf Kapitaleinkünfte führten ebenfalls zu wenig Begeisterung. „Da fragt man sich schon, welcher dieser beiden potentiellen Regierungspartner uns mehr an die Altersvorsorge, das Ersparte und das Erarbeitete dran will“, so Franz-Josef Wedemeyer, MIT-Bezirksvorsitzender.

PKM trifft Unternehmer.NRW und berät zum Thema Verwaltungsdigitalisierung

Düsseldorf. Gleich zwei Veranstaltungen an einem Tag absolvierten die Abgeordneten des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) der CDU-Landtagsfraktion kurz vor Weihnachten. Mit Experten des Dienstleisters Seven Principles, der für Institutionen des Landes die Digitalisierung der Verwaltung begleitet und umsetzt. Dabei ging es um Schnittstellen, Portale und Herausforderungen bei der Implementierung. Mit Dr. Michael Pesch, Stefan Stil und



PKM mit Seven Principles.



Fotos: MIT NRW

Treffen mit Unternehmer.NRW, v.l. Alexander Felsch, Dr. Patrizia Peill Mdl, Angela Erwin Mdl und Johannes Pöttering.

Cornelius Brandt steigt man tief in das Thema ein. Direkt im Anschluss traf sich der PKM mit der Führung von Unternehmer.NRW, Johannes Pöttering und Alexander Felsch, um viele Themen der Wirtschaftspolitik abzustimmen. Dabei betonten beide Seiten die enge Zusammenarbeit und die Erfolge aufgrund des regelmäßigen Austausches.

MITmacher Award 2024: Auszeichnung für Gründergeist

Rhein-Kreis Neuss. In einer Zeit voller Herausforderungen – von der Energiekrise über den Fachkräftemangel bis hin zur politischen Unsicherheit nach dem Bruch der Ampel-Koalition – setzt die MIT im Rhein-Kreis Neuss ein Zeichen: Unternehmertum und Gründergeist sind essenziell, um gestärkt aus den Krisen hervorzugehen. Aus diesem Grund wurde auch in diesem Jahr der „MITmacher Award“, eine Auszeichnung für innovative Ideen und herausragende Gründungen in der Region verliehen. Kreisvorsitzender Stefan Arcularius betonte die Bedeutung von Gründergeist und Unternehmertum für die wirtschaftliche Zukunft. Er hob hervor, dass die ausgezeichneten Gründerpersönlichkeiten nicht nur mit innovativen Geschäftsideen überzeugen, sondern auch andere Menschen inspirieren und motivieren.

Die Kriterien für die Preisvergabe – Gründerpersönlichkeit, innovative Geschäftsidee, gesellschaftlicher Nutzen und Gründungsgeschichte – spiegeln den Anspruch wider, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung nachhaltig voranzubringen. Aus einer beeindruckenden Reihe von Bewerbungen schafften es sechs Start-ups in die engere Auswahl: Cravies produziert Snacks auf Basis von Sonnenblumenkernen, Fosh ist eine Plattform zur Reduzierung von Lebensmittelverschwendung, das Unternehmen Rotgeblau ist eine interaktive Game-Show, die Menschen vor Ort begeistert. CampusCruiser ist eine Fahrgemeinschafts-App für Studierende und Normify ebenfalls eine App, und zwar für modernes Norm- und Rechtsmanagement. Am Ende setzte sich aber die Firma Nutriz durch. Das junge Unternehmen überzeugte mit seiner



Fotos: MIT Neuss

Aus den Händen der MIT-Landesvorsitzenden, des Bundestagsabgeordneten Ansgar Heveling und Stefan Arcularius erhielt die Chefin der Firma Nutriz und Startup-Gründerin, Sophie Klein, den begehrten Award.

Kombination aus Nachhaltigkeit, Innovation und gesellschaftlichem Mehrwert. Nutriz vertreibt gesunde und nachhaltige Lifestyle-Snackballs. Eine gute und zugleich leckere Wahl.

Die Erbschafts- und Schenkungssteuer muss weg

Oberlindach. Beim Winterempfang der Mittelstands-Union Erlangen-Höchststadt in der Acanus-Scheune trafen sie sich wieder einmal – Peter Brehm, Kreisvorsitzender der MU und Gastgeber, sein Gast Sebastian Brehm, MdB und MU-Landesvorsitzender, als kompetenter Referent in Sachen Wirtschafts- und Steuerpolitik.

Bereits bei der Begrüßung wurde Klartext gesprochen: „Wenn es nach den Grünen geht, sollen mittelständische Unternehmen bei einem Generationswechsel mit einem zusätzlichen Steuersatz von 25 Prozent auf den Wert des Unternehmens belastet werden.“ Dies sei eine massive Bedrohung für die Substanz des Mittelstandes. Damit werde jede Investition, die den Unternehmens-

wert verbessere, vom Staat wieder weggesteuert. Und die Erbschaftssteuer betreffe nicht die großen Konzerne, sondern die kleinen bis mittleren Unternehmen, die daran zugrunde gehen könnten, so Peter Brehm.

Der MU-Landesvorsitzende Sebastian Brehm, MdB hieb in die gleiche Kerbe und bezeichnete diese Steuer als Bürokratiemonster. Hier werde ein „Riesenaufwand“ für 9,2 Mrd. Euro Einnahmen betrieben, von denen 60 bis 70 Prozent in die Verwaltung gingen. 50 Finanzämter würden sich damit beschäftigen, so dass für den Staat lediglich ein knappes Drittel bleibe. Deshalb sei auch eine „neue heiße Debatte“ um die Erbschafts- und Schenkungssteuer entbrannt“, bis hin zum Verfassungsgericht.

Foto: MIT Bayern



V.l.n.r.: Peter Brehm, Lucie Pasenau, Sebastian Brehm

Brehm sprach von einer „Dummensteuer“, wenn man sich nicht kompetent beraten lasse.

Reformen seien dringend notwendig. Gemeinsam war man sich einig: Die Erbschafts- und Schenkungssteuer muss weg!

Mehr Wertschätzung von Wertschöpfung und Eigentum

Piding. „Mittelstand und Landwirtschaft haben mehr gemeinsam, als in der öffentlichen Diskussion oft wahrgenommen wird.“ Von der Wahrheit dieses Zitats von Landrat Siegfried Walch, dem Direktkandidaten der CSU für den Wahlkreis Traunstein-Berchtesgadener Land, konnten sich die Mitglieder und Gäste der MU Traunstein und Berchtesgadener Land bei der Besichtigung der Milchwerke Berchtesgadener Land selbst überzeugen.

Foto: MIT Bayern



Mittelstands-Union Traunstein und Berchtesgadener Land besichtigen gemeinsam mit CSU-Bundestagsdirektkandidat Siegfried Walch die Milchwerke Berchtesgadener Land.

Täglich werden rund eine Million Liter Rohmilch angeliefert und verarbeitet. Wichtig ist der Molkerei, dass die Milch aller Landwirte – große und kleine, beispielsweise Kleinstbetriebe auf den Almen, abgeholt werden kann. „Die Milchabholung kostet rund 2 Cent pro Liter Milch“, so Bernhard Pointner, Geschäftsführer der Molkerei in Piding. Verglichen mit den Großbetrieben in Norddeutschland, bei denen die Abholung rund 0,5 Cent kostet, seien dies hohe Kosten.

Großes Interesse zeigten die Mittelständler an der Energieversorgung des auf 7 Hektar erstreckten Firmengeländes. Die Pidingener sind die einzige Molkerei in Deutschland, die eine komplett autarke Notstromversorgung eingebaut haben und somit krisenfest in die Zukunft gehen.

Im Wahlprogramm der Union seien viele dringende Änderungen aufgeführt, von denen Unternehmen und auch Arbeitnehmer profitieren. Ein Thema griff Walch auf, die Senkung der Besteuerung von Überstunden. Dies sei auch eine langjährige Forderung der MU, sagte die Kreisvorsitzende der MU Traunstein, Anna Marx. „Viele Mitarbeiter wollen Überstunden machen, es rentiert sich aber nicht, weil ihnen unterm Strich weniger Nettolohn übrigbleibt“. Ebenso gehöre die Pendlerpauschale wieder nach oben angepasst, denn diese stärke die Flexibilität der Mitarbeiter, insbesondere im ländlichen Raum.

Unternehmerfrühstück der MIT-LDS bei SpreeWa Bauelemente

Duben. Am 3. Dezember 2024 fand das Unternehmerfrühstück der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Dah-

Fotos: MIT Brandenburg



Jana Schimke MdB tauschte sich angeregt mit den Unternehmern aus.

me-Spreewald in den Räumlichkeiten der SpreeWa Bauelemente GmbH in Duben statt. Gastgeber Florian Dinse, Geschäftsführer des Unternehmens, begrüßte rund 25 Unternehmerinnen und Unternehmer aus den Landkreisen Dahme-Spreewald (LDS) und Teltow-Fläming (TF).

Die 1996 gegründete SpreeWa Bauelemente GmbH hat sich auf die Produktion hochwertiger Fenster und Türen aus Kunststoff und Aluminium spezialisiert. Mit etwa 40 festen Mitarbeitern und 10–15 Partnerunternehmen fertigt das Unternehmen jährlich zwischen 4.000 und 5.000 Fenster und Türen.

Ein besonderes Highlight war die Führung durch die Produktionsstätten, bei der Herr Dinse den Gästen einen umfassenden Einblick in die Fertigungsprozesse gewährte. Als Ehrengast durften wir die Bundestagsabgeordnete und stv. MIT-Bundesvorsitzende Jana Schimke begrüßen, die den Austausch mit ihrer Expertise bereicherte.

Herzlichen Dank an alle Teilnehmer für den inspirierenden Vormittag und den wertvollen Austausch! Gemeinsam stärken wir den Mittelstand in unserer Region.

MIT-Bürokratiegutschein gegen Bürokratiefrust

Hessen. Der MIT Kreisverband Main-Kinzig startete Ende November seine erste Entbürokratisierungstour. In einem Pilotprojekt des MIT Landesverbandes Hessens sollen 500 Entbürokratisierungsgutscheine an Einzelhandelsgeschäfte, Mittelständler und Industriebetriebe im gesamten Kreisgebiet übergeben werden. Bis Anfang 2025 kamen bereits die ersten 250 Entbürokratisierungsgutscheine in die Hände fleißiger Gewerbetreibender. „Wir rennen mit unserer Kampagne offene Türen ein. Die Betriebe wollen weder politisch konstruierte Standortnachteile noch staatlich geschaffene Unternehmensrisiken akzeptieren. Viele Unternehmen können sich nicht den Luxus von spezialisierten Mitarbeitern leisten, die sich eigens um die Bewältigung bürokratischer Lasten im Betrieb kümmern. Diese Lasten bleiben als zusätzlicher Arbeitsaufwand

auf dem Schreibtisch der Geschäftsführung liegen. Ein solcher wirtschaftspolitischer Rahmen ist Gift für Unternehmergeist, Selbstständigkeit und die Start-Up Szene“, informiert der MIT-Kreisvorsitzende Patrick Heck zum Stand des Projektes.

Mit dem ersten landesweiten „Bürokratie-Radar“, einem Meldeportal für Bürokratie und Überregulierung bietet die Mittelstands- und Wirtschaftsunion Hessen ebenfalls eine schlagkräftige Unterstützung im Kampf gegen die ausufernde Bürokratie auf allen Ebenen. „Mit dem ‘Bürokratie-Radar’ der MIT Hessen wird seit Mitte 2024 bereits unser erstes themenbezogenes ‘Werkzeug’ im Kampf gegen Bürokratie landesweit zum Einsatz gebracht. Der für uns positive Ausgang der Landtagswahlen in Hessen und insbesondere die daraus resultierende Einsetzung



Foto: Binder

Patrick Heck und Tobias Binder bei der Übergabe des ersten Entbürokratisierungsgutscheins an die Fraktionsvorsitzende der CDU Hessen, Ines Claus.

einer Stabsstelle für Entbürokratisierung in der Staatskanzlei hilft uns bei unseren Vorhaben. Die Stabsstelle wird künftig die Maßnahmen zur Entbürokratisierung in Hessen bündeln und koordinieren“, erklärt der hessische MIT Landesgeschäftsführer Tobias Binder.

Mehr Informationen unter: www.MIT-MKK.de



Fotos: Philipp Ziebart

Vielen Dank für Ihr Engagement bei der MIT in Niedersachsen!

Hohe Ehrung für Josef Geyer

Bissersheim. Der Ehrenvorsitzende der MIT Rheinland-Pfalz und Ehrenmitglied des MIT-Bundesverbandes, Josef A. Geyer, der viele Jahre dem MIT-Bundesvorstand und dem Präsidium angehört hat, ist mit der Verdienstmedaille des Landes Rheinland-Pfalz ausgezeichnet worden. In einer ihrer letzten Amtshandlungen hatte die frühere Ministerpräsidentin Malu Dreyer dies entschieden.

Josef Geyer erhielt diese Auszeichnung in Würdigung seines jahrzehntelangen Engagements in Politik, Kultur, Sport und als Sozialem.

Der Auszeichnung wurde in einer Feierstunde mit Empfang auf Josef Geyers Haldmühle in Bissersheim

überreicht. In seinem Grußwort würdigte MIT Landesvorsitzender Gereon Haumann Josef Geyer als ein leidenschaftliches, streitbares und grundsatzfestes politisches Urgestein, das in Worten und im unternehmerischen und politischen Tun Soziale Marktwirtschaft geradezu personifiziert hat.

Josef Geyers Engagement ging immer über die Politik hinaus. Er verlieh dem Sportverein in Schifferstadt, aus dem Weltklasse Sportler im Ringen hervorgingen, entscheidende Impulse. Er schuf den „Saumagen-Orden“, die echt pfälzische Fastnachts – Auszeichnung für Prominente mit erwie- senem Humor. Und mit seiner vor ei-



Foto: Roger Rachel

Josef Geyer freut sich über die Auszeichnung.

nigen Jahren gegründeten Stiftung fördert er regionale Vereine und Initiativen in Sport, Kultur und sozialen Projekten.

Josef Geyer, da waren sich die Gratulanten einig, ist ein mittelständischer Unternehmer, der als Vorbild die Soziale Marktwirtschaft zu seiner persönlichen Handlungsmaxime gemacht hat.

Gereon Haumann mit über 90 Prozent der Stimmen wiedergewählt

Bad Kreuznach. Der Landesmittelstandstag der MIT Rheinland-Pfalz hat am 25. Oktober in Bad Kreuznach einen neuen Landesvorstand gewählt. Landesvorsitzender Gereon Haumann wurde mit über 90 Prozent der abgegebenen Stimmen im Amt bestätigt. Seine Stellvertreter sind Kerstin Rudat, Rhein-Hunsrück-Kreis, Frank Hoffmann, Kreis Bernkastel-Wittlich und Awes Khan, Frankenthal. Schatzmeister bleibt mit dem besten Wahlergebnis des Tages Jörg Meurer.

Mit dem neuen Landesvorstand stellt sich die MIT in Rheinland-Pfalz neu auf für zwei vielleicht sogar schicksalhafte Wahlkämpfe: zur Bundestagswahl Anfang 2025 und zur Landtagswahl im Frühjahr 2026. Bei beiden Wahlen werden die Wirtschaftslage und ihre Perspektive eine entscheidende Rolle spielen. Die MIT will dazu im Land eigene profilierte Ideen beisteuern und die Union nach besten Kräften unterstützen. Auch dabei soll die schrittweise Anhebung der Mitgliederbeiträge helfen.

Darauf eingestimmt haben die MIT-Mitglieder und die MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann MdB sowie der CDU-Landesvorsitzende und Ministerpräsidentenkandidat Gordon Schnieder MdL. In einer sehr spontanen, offenen und direkten Diskussion mit den Mitgliedern und Gästen, moderiert von Gereon Haumann, Connemann und Schnieder redeten nicht drum herum. Steuerbelastung der Unternehmen, bürokratische Hürden, absurde Handlungsaufgaben, eine missratene Energiewende mit nicht mehr tragbaren Energiepreisen und eine unsäglichke Haushaltspolitik – alles kam auf den Tisch. Die ungeschminkten und klaren Positionen von Gitta Connemann und Gordon Schnieder überzeugten. Noch lange konnten die Gespräche mit beiden beim neu-deutsch genannten „come together“ mit leiblicher Stärkung fortgesetzt werden. Die MIT ist hochmotiviert und will beitragen zum Wahlsieg 25/26 in Bund und Land.

Foto: MIT RLP



Der neue Landesvorstand der MIT Rheinland-Pfalz.

MIT Sachsen gibt Vollgas

Mülsen. Auch in diesem Jahr feierte die MIT Sachsen wieder traditionell ihren Jahresempfang in einem mittelständischen Unternehmen. Die Veranstaltung war ein besonderes Highlight für alle Teilnehmer, da die Location – die Motorsport Arena E in Mülsen – nicht nur durch ihre Größe, sondern auch durch ihre moderne Ausstattung und das sportliche Flair beeindruckte. Die ehemalige Kiesgrube hat sich binnen der vergangenen Jahre zu einer der größten und modernsten Kartbahnen in ganz Deutschland entwickelt und zeigt somit genau den richtigen Unternehmergeist, den Sachsen hat und braucht.

Nach der Begrüßung der Anwesenden und des Ehrengastes, dem sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer, wurden in einer lebhaften und intensiven Podiumsdiskussion zahlreiche zentrale Themen angesprochen, die den sächsischen Mittelstand bewegen. Gemeinsam mit dem Minis-



Fotos: MIT Sachsen

Beste Stimmung in Mülsen, auch der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer freute sich über die Einladung.

terpräsidenten, der Landesvorsitzenden Nora Seitz, Carsten Körber MdB, dem Ehrenvorsitzenden der MIT Sachsen Dr. Markus Reichel sowie einem Vertreter der Sparkasse wurden die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen ausführlich eruiert und debattiert.

Im Vordergrund standen dabei die wirtschaftlichen Konsequenzen für Sachsen und welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um das Bundesland weiterhin auf Erfolgskurs zu halten. Zum Abschluss der Podiumsdiskussion überreichte die MIT Sachsen dem Ministerpräsidenten stolz die neue Wirtschaftsstrategie für

Sachsen, die ein zukunftsorientiertes Konzept für die kommenden Jahre darstellt. Diese Strategie zielt darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit Sachsens und sächsischer Unternehmen zu sichern und die wirtschaftlichen Potenziale der Region weiter auszubauen. Der Abend fand seinen Ausklang in einer gemütlichen und entspannten Atmosphäre. Bei köstlichem Essen und anregenden Gesprächen konnten die Teilnehmer den Tag Revue passieren lassen. Einige wagten sich sogar auf die Kartbahn und lieferten sich spannende Rennen, was für zusätzliche Unterhaltung sorgte.

„Wirtschaft entfesseln – Standort stärken!“

Sachsen. Nichts bestimmt die politische Debatte aktuell so sehr wie die schlechte Wirtschaftslage im Bund. Anlass genug, mit der JU Sachsen und einem schlagkräftigen Podium unter dem Motto „Wirtschaft entfesseln – Standort stärken!“ Lösungen zu diskutieren. Die JU Sachsen hatte eingeladen, um über den schleichenden Niedergang der Wirtschaft durch drei Jahre Ampelregierung und den vorliegenden Koalitionsvertrag in Sachsen zu diskutieren.

Was kann unseren Wirtschaftsstandort Sachsen stärken? Heike Diebler, stellv. Landesvorsitzende der MIT

Sachsen und Ehrenvorsitzender der MIT Sachsen sowie MdB Dr. Markus Reichel diskutierten mit Tom Unger, Generalsekretär der CDU Sachsen und Lukas Rohleder, dem Hauptgeschäftsführer der IHK Dresden, über die drängendsten Themen der Wirtschaft in Sachsen und über die Dinge, die Sachsen wirklich nach vorne bringen werden.

Dabei ging es vor allem um die Perspektive der kleinen und mittelständischen Unternehmen. Diskutiert wurde über Bürokratie, Energiepreise, Innovationsförderung und Digitalisierung. Unser Fazit: Wir müssen jetzt schnell handeln – in allen Bereichen! Wir werden den sächsischen Koalitionsvertrag über diese Punkte gemeinsam auf den Prüfstein stellen.

Die nächste Bundesregierung muss von der staatlichen Überregulierung wegkommen und wieder eine seriöse Wirtschaftspolitik machen. Anstatt einzelne Branchen zu subventionieren, wollen wir beste Rahmenbedingungen für alle Unternehmen und Start-ups schaffen!

Heike Diebler

Foto: Junge Union



MIT Burgenlandkreis wählt neuen Vorstand

Sachsen-Anhalt. Der Kreisverband Burgenlandkreis hat neu gewählt. Die bisherige MIT-Kreisvorsitzende Elke-Simon Kuch wurde erneut im Amt bestätigt. Als Schatzmeister wurde der Bundestagsabgeordnete Dieter Stier gewählt. Der Landesvorsitzende der MIT Sachsen-Anhalt, Harald Kremer, dankte für die geleistete Arbeit in den zurückliegenden

zwei Jahren. Der Kreisverband sei neu gegründet worden, seitdem gebe es auch wieder eine positive Mitgliederentwicklung. Die neu gewählte Kreisvorsitzende sprach von erheblichen Herausforderungen in den kommenden Jahren. Im Süden Sachsens-Anhalts sei ein Strukturwandel zu bewältigen. Weiterhin leide die energieintensive Industrie, aber auch



Foto: privat

Neuer MIT-Kreisvorstand, Dieter Stier MdB (links), Elke-Simon Kuch (Mitte) und MIT-Landesvorsitzender Harald Kremer (rechts)

Mittelstand und Handwerk unter hohen Strompreisen.

ESG als Herausforderung und Chance für den Mittelstand

Itzehoe. Die Bedeutung von Umwelt, Sozialem und Governance (ESG) rückt zunehmend in den Fokus mittelständischer Unternehmen. Um die Auswirkungen und Herausforderungen dieser Themen für den Mittelstand zu beleuchten, organisierten die Kreisverbände der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Steinburg und Schleswig-Flensburg zwei erfolgreiche Veranstaltungen, die nicht nur Wissen vermittelten, sondern auch wichtige Impulse setzten.

Am 4. Dezember 2024 lud der MIT-Kreisverband Steinburg zu einer Fachveranstaltung in die Sparkasse Westholstein in Itzehoe ein. Die Veranstaltung, die durch die Kreisvorsitzende Dr. Anita Chmielewski inhaltlich initiiert wurde, bot ein hochkarätig besetztes Podium.

Als Gastredner konnte Oliver Saggau, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Westholstein, gewonnen werden. Saggau beleuchtete in seinem Vortrag die Bedeutung von ESG-Kriterien für mittelständische Unternehmen aus Sicht einer Sparkasse und zeigte auf, wie diese nicht nur regulatorische Anforderungen erfüllen, sondern auch als strategischer Wettbewerbsvorteil genutzt werden können.

Die politische Perspektive brachte Ole-Christopher Plambeck MdL ein, Mitglied im Finanzausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Plambeck ging auf die politische Rahmensetzung für ESG ein und unterstrich, dass der Mittelstand nicht nur als Betroffener, sondern auch als Gestalter gefragt sei.

Die Veranstaltung stieß auf großes Interesse und zeigte, dass viele Unternehmerinnen und Unternehmer aus der Region noch Orientierungshilfen benötigen, um ESG-Kriterien in ihre Geschäftsmodelle zu integrieren.

Eine weitere thematisch fundierte Veranstaltung organisierte der MIT-Kreisverband Schleswig-Flensburg im Hause der Nord-Ostsee Sparkasse in Schleswig. Auch hier stand die praktische Relevanz von ESG im Mittelpunkt.

Der Vorstand der Nord-Ostsee Sparkasse, Nils Hoffmann, referierte über die bankenseitigen Anforderungen und stellte konkrete Beispiele aus der Kreditpraxis vor. Hoffmann betonte, dass Unternehmen, die sich frühzeitig mit ESG auseinandersetzen, auch in der Zusammenarbeit mit Finanzinstituten langfristig Vorteile sichern können.

Christian Hansen, Kreisvorsitzender der MIT Schleswig-Flensburg und



Foto: MIT SH

Christian Hansen, Kreisvorsitzender der MIT Schleswig-Flensburg und stellvertretender Landesvorsitzender.

selbständiger Steuerberater, brachte mit seinem Beitrag eine praktische Perspektive ein. Aus seiner langjährigen Beratungserfahrung berichtete er, wie ESG-Kriterien zunehmend in den steuerlichen und betriebswirtschaftlichen Alltag seiner Mandanten Eingang finden. Seine konkreten Fallbeispiele halfen den Anwesenden, die abstrakten Anforderungen greifbar zu machen.

Die beiden Veranstaltungen zeigten eindrucksvoll, wie wichtig der Austausch zwischen Mittelstand, Politik und Wirtschaft zu zentralen Zukunftsthemen ist. Die MIT Schleswig-Holstein wird diesen Dialog weiter intensiv begleiten und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes in einer sich wandelnden Welt stärken.

Wirtschaftspolitisches Neujahrsfrühstück im Zeichen der Doppelwahl

Hamburg. Die Hansestadt wählt in Kürze gleich doppelt und steht damit besonders im Blickpunkt. Sieben Tage nach den Wahlen zum Deutschen Bundestag werden die Bürgerinnen und Bürger erneut an die Urne gerufen, um am 2. März eine neue Hamburgische Bürgerschaft zu wählen – übrigens die einzige Landtagswahl 2025.

Offensichtlich ist: Wir brauchen einen Politikwechsel im ganzen Land! Die Lage ist ernst – nicht nur, aber vor allem auch ökonomisch. Auf die Union kommt bei diesen Wahlen eine besondere Verantwortung zu. Unter diesen Vorzeichen lud die MIT Hamburg Mitte Januar zu einem wirtschaftspolitischen Neujahrsfrühstück mit der MIT-Bundesvorsitzenden Gitta Connemann MdB ein. Mit ihr dis-

cutierten mehr als 50 ausgewählte Verantwortungsträger aus der Hamburger Wirtschaft eindringlich die Frage, wie Deutschland und Hamburg #wiedernach vorne kommen. In dem ebenso offenen wie vertrauensvollen Austausch warb neben Connemann auch der Landesvorsitzende Prof. Dr. Götz Wiese MdHB dafür, mit einer vernunftgeleiteten, wohlabgewogenen Wirtschaftspolitik das Ruder herumzureißen und einen zukunftsfähigen Kurs einzuschlagen. Dr. Christoph Ploß MdB, Spitzenkandidat der Hamburger CDU für die Bundestagswahl, bot in seinem Grußwort weitere Einblicke in den Berliner Politikbetrieb.

Anliegen, Sorgen, Fragen und Appelle hätten locker noch zwei weitere Stunden füllen können. Dass die Sonne sich



Foto: MIT Hamburg

Gitta Connemann findet in Hamburg klare Worte – zur Ampel, zu Richtungsentscheidungen bei der Wahl und zu Koalitionsgedankenspielen.

nach Wochen der Dunkelflaute just an jenem Sonntagvormittag blicken ließ, trug seinen Teil zum gelungenen Gesamteindruck bei. Die sehr positiven Rückmeldungen nach der Veranstaltung spiegelten sich schließlich auch in einigen Neueintritten wider.

Jahresausklang der MIT Jena: Rückblick auf ein erfolgreiches Jahr

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Jena beendete das Jahr mit einem gelungenen Treffen, das Raum für Austausch und Rückblick auf ein ereignisreiches Jahr bot. Seit der Amtsübernahme des neuen Vorstands, bestehend aus Fagus Pauly, Bastian Stein und Vico Wiegand, konnte die MIT Jena zahlreiche Initiativen umsetzen und wertvolle Im-

pulse für die wirtschaftspolitische Diskussion in der Region setzen.

Ein besonderes Highlight des Jahres waren drei große Veranstaltungen sowie das monatliche Online-Format, in dem wirtschaftspolitische Themen der Stadt innerhalb von 30 Minuten intensiv diskutiert werden. In diesen Diskussionen wurden zentrale Herausforderungen und Chancen erörtert, wobei die Beiträge von renommierten Gästen wie Marion Walsmann, Prof. Dr. Ulrich Schubert, Stephan Wydra und Konstantin Freuer bereichert wurden.

Die MIT Jena hat sich zudem als kompetenter Ansprechpartner für wirtschaftspolitische Fragen etabliert und steht in regelmäßigem Austausch mit dem Stadtrat sowie mit Akteuren auf Landes- und europäischer Ebene.

Beim letzten Treffen des Jahres hatte die MIT Jena die Gelegenheit, den

Bürgermeister von Buttstädt und CDU-Kandidaten für den Wahlkreis zu begrüßen. Besonders viel Zustimmung fand der Vorschlag, die historische „Pfefferminzbahn“ von Sömmerda über Buttstädt bis nach Jena wiederzubeleben. Dieses Vorhaben könnte dazu beitragen, die ländliche Region zwischen Erfurt und Jena besser anzubinden, umweltfreundliche Mobilitätslösungen zu schaffen und den angespannten Wohnungsmarkt in Jena zu entlasten.

Ein herzliches Dankeschön gilt allen Beteiligten, die zu einem erfolgreichen Jahresabschluss beigetragen haben. Besonderer Dank geht an Robert Ackermann für die musikalische Begleitung, die Autohaus Fischer Unternehmensgruppe für Informationen zu ihrem neuen Audi-Programm sowie das Fotostudio „Pack of Patches“ für die Bilder.



Foto: Grit Höhn

Jahresausklang bei der MIT Jena.

Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Bundesgeschäftsstelle
Schadowstraße 3 · 10117 Berlin

Redaktion

V. i. S. d. P. für die MIT-Landesverbände:

- Baden-Württemberg: Denise Marie Hradecky
hradecky@mit-bw.de
- Bayern: Markus Zaglmann
markus.zaglmann@csu-bayern.de
mu@csu-bayern.de
- Berlin: Stefan Böhm
stefanboehm@mit-berlin.de
- Brandenburg: Jan Jacobi
info@mit-bb.de
- Bremen: Dipl.-Ing. Thomas Ventzke
info@cdu-bremerhaven.de
- Bremerhaven: Dipl.-Ing. Thomas Ventzke
info@cdu-bremerhaven.de
- Hamburg: Oliver Spatz
oliver.spatz@mittelstand-hamburg.de
info@mittelstand-hamburg.de
- Hessen: Tobias Binder
geschaeftsfuehrer@mit-hessen.de
- Mecklenburg-Vorpommern: Ulrike Mischke
mail@mit-mv.de
- Niedersachsen: Steffen Preugschat
preugschat@mit-niedersachsen.de
- Nordrhein-Westfalen: Stefan Simmnacher
stefan.simmacher@mit-nrw.de
- Rheinland-Pfalz: Helmut Klapheck
helmut.klapheck@mit-rlp.de
info@mit-rlp.de
- Saarland: Dennis Detzler
dennis.detzler@saar.cdu.de
- Sachsen: Jeanette Baudach
jeanette.baudach@mit-sachsen.de
Andreas Nowak
presse@mit-sachsen.de
- Sachsen-Anhalt: Tobias Schmidt
schmidt@cdufraktion.de
- Schleswig-Holstein: Thomas Klömmner
mit@cdu-sh.de
- Thüringen: Prof. Dr. Regina Polster
mit@cdu-erfurt.de

Verlag und Druck

Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802213
Telefax: 02226 802222
E-Mail: mit-mittelstandsmagazin@ubg365.de

Projektleitung

Sonja Bach-Meiers
E-Mail: verlag@ubg365.de

Redaktion

Gabriele Grabowski
E-Mail: mit-mittelstandsmagazin@ubg365.de

Art-Direktion

UBG, Betriebsstätte Berlin

Titelbilder

MIT Niederrhein, MIT NRW, MIT Bayern,
MIT Brandenburg, Binder, Roger Rachel,
MIT Sachsen, privat, MIT SH, Hamburg,
Grit Höhn, MV Mecklenburg-Vorpommern

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung
nur mit Genehmigung der MIT.

Mecklenburg-Vorpommern**Unser Team für die Bundestagswahl –
MIT stark vertreten**

Foto: MV Mecklenburg-Vorpommern

Die Kandidaten zur Bundestagswahl.

Mecklenburg-Vorpommern. Die Landesvertreterinnen und Landesvertreter wählten Philipp Amthor auf Platz 1 der Landesliste. An Platz 2 wurde die Bundestagsabgeordnete Simone Borchardt gewählt, an Platz 3 Georg Günther. Auf Platz 4 folgt Dr. Stephan Bunge, an Platz 5 der Bundestagsabgeordnete Dietrich Monstadt, an Platz 6 Michael Ebert.

Auf den Plätzen 7 bis 10 folgten Dorin Müthel-Brenncke, Jenny Gundlach, Dr. Sonja von Campenhausen und Armin Noeske.

Somit sind unter den zehn Kandidaten 7 MIT-Mitglieder.

**KV Ludwigslust-Parchim wählt
einen neuen Vorstand**

Der Kreisverband Ludwigslust-Parchim hat einen neuen Vorstand gewählt. Der neue Vorsitzende Christian Geier wurde einstimmig auf der Kreismitgliederversammlung gewählt. Ihm zur Seite stehen die ebenso frisch gewählten Vorstandsmitglieder Dietrich Monstadt (stellv. Vorsitzender), Wolfgang Dittmann (Schatzmeister), Rainer Kibelka und Ralf Melzer (beide Beisitzer). Maik Rudolph wurde zum Ehrenvorsitzenden des MIT Kreisverbandes bestimmt. Nach zwölf Jahren als Kreisvorsitzender ist er nicht mehr angetreten. Großer Dank gilt unseren langjährigen Vor-

standsmitgliedern Guido Landsmann, Lutz Heinrich und Dietmar Spessart für ihr großartiges Engagement im Sinne unseres MIT-Kreisverbandes.

**Mitgliederversammlung
KV Landkreis Rostock**

Auf dem Gelände des Flughafens Rostock-Laage bekamen die Mitglieder einen spannenden Einblick in den Ablauf des Flughafens und erhielten auch Eindrücke von den aktuellen Herausforderungen in dieser Branche. Fest steht, dass die Wirtschaft in unserem Landkreis, unserem Bundesland und auch auf Bundesebene eine verlässliche Wirtschaftspolitik benötigt und nicht den aktuellen Zick-Zack-Kurs.

Die Erkenntnis der Mitglieder war, dass es wieder mehr „einfach mal machen“ Mentalität braucht. Nach diesem spannenden Exkurs standen dann die Vorstandswahlen des Kreisverbandes an.

Zum Kreisvorsitzenden wurde Stephan Meyer gewählt. Seine Stellvertreter wurden Knut Splett-Henning und Kathrin Lange.

Neben der Schatzmeisterin Birgit Anders, komplementieren Olaf Skoeris, Caroline Brandt und Heiko Jörn als Beisitzer den Kreisvorstand.

Herzlichen Glückwunsch an alle und viel Erfolg bei den bevorstehenden Herausforderungen.